



KONSOLIDIEREN ODER INVESTIEREN

STRATEGIEN FÜR DEN SCHULDENABBAU

Matthias Schäfer (Hrsg.)

ISBN 978-3-939826-66-8

www.kas.de

Es handelt sich um die redigierte Fassung der Reden und Beiträge der Veranstaltung „Konsolidieren und Investieren – Strategien für den Schuldenabbau“ vom 20. Juni 2007 in Berlin.

REDAKTIONELLE BEARBEITUNG:
Matthias Schäfer

INHALT

5 | VORWORT

7 | SOLIDE STAATSFINANZEN –
GRUNDLAGE DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT
Bernhard Vogel

15 | KONSOLIDIEREN ODER INVESTIEREN –
WARUM ES OHNE EIN NEUVERSCHULDUNGSVERBOT
NICHT MEHR GEHT!
Gerhard Stratthaus

27 | PODIUMSDISKUSSION MIT
*Peter Bofinger, Steffen Kampeter,
Hans Reckers und Gerhard Stratthaus,*
moderiert von Thorsten W. Alsleben

56 | KONFERENZPROGRAMM

57 | REFERENTEN UND DISKUTANTEN
HERAUSGEBER

© 2007 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin
Alle Rechte vorbehalten.

*Nachdruck, auch auszugsweise, allein mit Zustimmung
der Konrad-Adenauer-Stiftung.*

Gestaltung: SWITSCH KommunikationsDesign, Köln.

Druck: Druckerei Franz Paffenholz, Bornheim.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-939826-66-8

VORWORT

Die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden belaufen sich auf die astronomische Summe von 1.500 Milliarden Euro. Jährlich werden Zinsen in Höhe von 65 Milliarden Euro fällig. Jeder Bundesbürger kommt für sie im Durchschnitt mit rund 800 Euro jährlich auf.

Dass die stetig wachsende Staatsverschuldung insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit ein zentrales politisches und gesellschaftliches Problemfeld darstellt, ist weithin erkannt und diskutiert worden. Dennoch werden die staatlichen Defizite selbst in Zeiten konjunkturellen Wachstums nicht abgebaut. Gegenwärtig ist erneut zu beobachten, wie in einer Wachstumsphase, in der sich die Steuereinnahmen günstig entwickeln, zusätzliche Staatsausgaben oder Steuererleichterungen diskutiert werden und mit dem Ziel der Entschuldung konkurrieren.

Welchen Stellenwert muss die Haushaltskonsolidierung haben? Brauchen wir ein Neuverschuldungsverbot? Eine „Schuldenbremse“? Welchen finanziellen Spielraum braucht die Politik, um gestaltend handeln und Zukunftssicherung betreiben zu können – zum Beispiel im Bereich von Bildung und Forschung oder durch Impulse für Wachstum und Beschäftigung? Welche Rolle spielt der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt?

Diesen Fragen ist die Konrad-Adenauer-Stiftung am 20. Juni 2007 in Berlin nachgegangen. Prominente Fachleute haben Stellung bezogen und Perspektiven für eine nachhaltige Beantwortung dieser Fragen aufgezeigt.

Im Zuge der aktuellen Reform des Finanzföderalismus enthält die vorliegende Dokumentation dieser Veranstaltung ein umfangreiches Kompendium an Fakten und Meinungen, das für die Debatte über die Zukunft eines durchsetzungsstarken, aber nicht minder effizienten Staatswesens wichtige Hinweise enthält.

Der Staat soll ein robuster Schiedsrichter sein, wie es Wilhelm Röpke sagte. Die Höhe der Staatsverschuldung nagt an seiner Robustheit und ist eine denkbar schlechte Voraussetzung dafür, dass der Staat die sich im Wettstreit messenden gesellschaftlichen Akteure an die Einhaltung klarer ordnungspolitischer Spielregeln erinnern kann.

Deshalb sind tragfähige Wege aus der Staatsverschuldung auch entscheidend wichtige Beiträge für eine zukunftsfähige freiheitliche Ordnung.

Berlin, im Oktober 2007

Matthias Schäfer

Koordinator Finanz- und Arbeitsmarktpolitik

Hauptabteilung Politik und Beratung

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin



(v.l.n.r.: Hans Reckers, Gerhard Stratthaus, Steffen Kampeter, Bernhard Vogel)

SOLIDE STAATSFINANZEN – GRUNDLAGE DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Bernhard Vogel



Bernhard Vogel

Es geht heute um die Diskussion einer der elementarsten staatspolitischen Fragestellungen überhaupt.

Das ist nicht neu – vor mehr als 200 Jahren hat David Hume schon einmal formuliert: „Entweder eine Nation zerstört die öffentliche Verschuldung, oder die öffentliche Verschuldung zerstört die Nation!“

Müssen wir uns heute, über 200 Jahre später, ähnliche Sorgen machen? Was ist Sache? Was ist zu tun? Genau das ist unsere Frage: Konsolidieren oder Investieren – Strategien für den Schuldenabbau.

DIE HERAUSFORDERUNG – EIN IMMENSER SCHULDENSTAND

Ich glaube, niemand wird es bestreiten: Die öffentliche Verschuldung ist beängstigend hoch. Unsere Gebietskörperschaften –

„Entweder eine Nation zerstört die öffentliche Verschuldung, oder die öffentliche Verschuldung zerstört die Nation!“

Kommunen, Länder und der Bund – sind mit 1.500 Milliarden Euro verschuldet, der Bund davon allein mit 950 Milliarden Euro. Jährlich geben die öffentlichen Haushalte fast 65 Milliarden Euro an Zinsen aus – pro Einwohner ungefähr 800 Euro. Für Bildung und Forschung ist es nur wenig mehr: rund 1.050 Euro pro Einwohner. Selbst im letzten Jahr, 2006, einem Jahr mit einem erfreulichen Wirtschaftswachstum von 2,7 Prozent, machte der Bund noch 28 Milliarden Euro neue Schulden. Würde man ab sofort jährlich zwanzig Milliarden Euro zur Schuldentilgung verwenden, würde es 75 Jahre dauern, um die gesamten Schulden zu tilgen.

Aber auch das ist nicht die ganze „fiskalische Wahrheit“. Die ausgewiesene Staatsverschuldung beträgt nur etwa ein Viertel der tatsächlichen finanziellen Zukunftslasten unseres Landes – ich nenne als Beispiel die Belastung unserer Sozialversicherungssysteme durch die demografische Entwicklung. Ein kleiner Teil dieser Belastung wird schon heute durch den Bundeszuschuss von rund achtzig Milliarden Euro pro Jahr an die gesetzliche Rentenversicherung deutlich.

Gibt es angesichts dieser Lage noch Hoffnung? Der Blick zu unseren europäischen Nachbarn zeigt: Grund zur Mutlosigkeit besteht trotz der Größe der Aufgabe nicht.

Dänemark hat seit der Mitte der 1990er Jahre seinen Schuldenstand von 73 auf dreißig Prozent des Bruttoinlandsprodukts reduziert, Irland im gleichen Zeitraum sogar von 82 auf 25 Prozent. Mit Ausnahme von Frankreich und Deutschland ist von fast allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union erfolgreich Schuldenabbau betrieben worden.

Und wir sollten nicht vergessen: Den öffentlichen Schulden in Deutschland steht ein beachtenswertes öffentliches Vermögen gegenüber. Allein den Wert der öffentlichen Straßen beziffert das Bundesamt für Statistik mit 240 Milliarden Euro. Würde, was zunehmend geschieht, die öffentliche Haushaltsführung in Form der doppelten Buchführung anstelle der Kameralistik erfolgen, ergäbe sich – ohne sich die Dinge damit schön zu rechnen – ein weniger einseitiges Bild der Lage. Das zeigt: Nicht Verzweiflung, sondern Handeln ist angesagt!

Selten standen meines Erachtens die Chancen besser. Denn die Steuereinnahmen entwickeln sich, wie jeder weiß, zurzeit überaus günstig. Allein die jüngste Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres sagt, dass rund 180 Milliarden Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen für die Jahre 2007 bis 2010 zu erwarten sind. Und das Institut für Weltwirtschaft in Kiel prognostiziert gar, dass bereits in diesem Jahr ein nahezu ausgeglichener Finanzierungssaldo erzielt werden und Deutschland gesamtstaatlich ohne neue Schulden auskommen kann. Wie es aussieht, wird es gelingen, die Staatsausgaben auf ein Niveau von unter 45 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zurückzuführen und damit auf den niedrigsten Wert innerhalb der letzten zehn Jahre zu senken.

Noch sind die Spielräume für zukunftsichernde Akzente aber eng bemessen. Knapp ein Drittel des Bundeshaushalts fließt in die gesetzliche Rentenversicherung, rund fünfzehn Prozent der Bundesausgaben geben wir für Zinsen aus und weitere fünfzehn Prozent werden gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit aufgewendet. Insgesamt liegt der Anteil der staatlichen Beihilfen am Bruttoinlandsprodukt ein Drittel über dem Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten. Gleichzeitig ist der Anteil der staatlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt in den vergangenen zehn Jahren um ein Drittel zurückgegangen und liegt derzeit rund vierzig Prozent unter dem Durchschnitt der EU-Länder.

Also: Wir geben wesentlich mehr für Subventionen und erheblich weniger für Investitionen aus als der Durchschnitt der europäischen Mitgliedstaaten.

LEITPLANKEN EINER ZUKUNFTSFÄHIGEN HAUSHALTSPOLITIK

Gibt es vor diesem Hintergrund Leitplanken für eine zukunftsfähige Haushalts- und Schuldenpolitik? Drei möchte ich nennen:

1. Die aktuelle Entwicklung der Steuereinnahmen zeigt, dass eine einnahmenseitige Konsolidierung der Staatsfinanzen wesentlich durch ein hohes Wirtschaftswachstum ermöglicht wird. So wichtig die Sparbemühungen des Finanzministers sind, ein „Herauswachsen“ aus der Verschuldung fällt politisch leichter als sich „heraus zu sparen“!

2. Stark zunehmende Steuereinnahmen dürfen kein Anlass sein, um ausgabenseitige Konsolidierungsbemühungen zu vernachlässigen. Dazu gehört nicht unbedingt ein Weniger an staatlichen Leistungen. Kahlschlag ist bestimmt keine Lösung. Aber dazu gehört ein modernes verantwortungsvolles Leitbild staatlichen Handelns: Effizienz bei der Erfüllung staatlicher Aufgaben, das ständige Bemühen um eine verbesserte Qualität öffentlicher Dienstleistungen. Eine Kritik staatlicher Aufgaben ist vorzunehmen: Was ist Sache des Staates, was können andere besser? Was sind unsere Prioritäten? Ein Spitzenplatz in Bildung und Forschung, eine moderne öffentliche Infrastruktur, günstige Bedingungen, dass junge Menschen eine Familie gründen, gute Rahmenbedingungen für den effizienten Umgang mit Energie und Rohstoffen, um nur einige Beispiele zu nennen.

3. Es wird auch notwendig sein, die positiven Entwicklungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite um institutionelle Absicherungen einer nachhaltigen Finanzpolitik zu ergänzen: Ein gesetzlich festgeschriebenes Schuldenverbot ist vorgeschlagen worden und wird kontrovers diskutiert. Nicht nur, weil sich die Finanzpolitik dadurch eines Mittels zur Abfederung wirtschaftlicher Schwankungen beraubt, sondern weil sich auch die Frage stellt, wie der Verstoß gegen das Verschuldungsverbot bestraft werden kann.

Alternativ ist eine „Schuldenbremse“ im Gespräch, die eine „atmende Finanzpolitik“ ermöglichen soll. Das heißt: Stabilisierung der Wirtschaft durch staatliches Handeln kann in Zeiten ökonomischer Schwierigkeiten sinnvoll sein. Nur müssen wir künftig darauf achten, dass in Zeiten hohen Wachstums die öffentlichen Haushalte wieder ausgeglichen werden – zum Beispiel mit Hilfe eines „Ausgleichskontos“, wie es der Sachverständigenrat vorgeschlagen hat.

Weitere Überlegungen über mögliche institutionelle Änderungen betreffen zum Beispiel die goldene Bilanzregel in Artikel 115, Absatz 1, Satz 2 des Grundgesetzes, nach der die Neuverschuldung eines Jahres nicht über den Investitionen liegen darf. Was ist künftig unter Investitionen zu verstehen? Wie lässt sich eine

Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, von der man inzwischen glauben könnte, sie sei mehr die Regel als die Ausnahme, präzisieren?

Wenn der Staat Wachstumsanreize setzt und Wachstumshemmnisse abbaut, ernsthaft daran geht, Staatsaufgaben, Subventionen und Bürokratie auf Effizienz und Wirksamkeit zu überprüfen, sind ein ausgeglichener Staatshaushalt und eine nachhaltige Finanzpolitik die naheliegenden Folgen und Schuldenabbau keine Utopie.

Die Veranstaltung soll den Blick für das Mögliche und Notwendige in der Haushaltspolitik schärfen – mit Hilfe des baden-württembergischen Finanzministers, Gerhard Stratthaus, der aus einem Land kommt, das schon heute eine unterdurchschnittliche Verschuldung aufweist und für eine weitere Konsolidierung steht. Wir freuen uns, dass Sie heute gekommen sind. Sie sind seit 1998 Finanzminister, also ein ausgewiesener Experte.

Aber wir brauchen zur Beantwortung unserer Frage auch die Hilfe von Herrn Bofinger, einem der so genannten fünf Wirtschaftsweisen. Ein Mann, der stets mutig und kontrovers seine Meinung zu sagen pflegt – nicht zuletzt im Gutachten des Sachverständigenrates vom März dieses Jahres, dessen zentrale Inhalte zum Thema „Staatsverschuldung wirksam begrenzen“ er nicht mitgetragen und deswegen ein Minderheitsvotum abgegeben hat. Verehrter Herr Bofinger, wir freuen uns auf Ihren Standpunkt und danken Ihnen, dass Sie sich heute in die Diskussion einbringen.

Ebenso herzlich begrüße ich Herrn Bundestagsabgeordneten Kampeter, den haushaltspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die sonst eher für ihre Zurückhaltung bekannte Frankfurter Allgemeine Zeitung hat Herrn Kampeter ehrend als „Spielverderber“ für allzu große Ausgabenbereitschaft bezeichnet. Lieber Herr Kampeter, wir wollen Sie ermutigen, gelegentlich „Spielverderber“ zu sein, wir wollen Sie aber vor allem heute auf diesem Podium herzlich begrüßen!

Wenn der Staat Wachstumsanreize setzt und Staatsaufgaben auf Effizienz und Wirksamkeit überprüft, ist Schuldenabbau keine Utopie.

Als weiteren Experten auf unserem Podium begrüße ich Herrn Reckers, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank. Ludwig Erhard zählte „stabiles Geld“ zu den wirksamsten Mitteln der „Sozialpolitik“. Und weil dafür stabile Staatsfinanzen und ein ausgeglichener Staatshaushalt wichtige Voraussetzungen sind, danken wir Ihnen, Herr Reckers, dass Sie das Problemfeld der Staatsverschuldung um die währungspolitischen Perspektiven erweitern werden. Seien Sie uns herzlich willkommen!

Und schließlich freut es mich aus zwei Gründen, den Moderator vorzustellen: Herrn Torsten Alsleben vom ZDF-Hauptstadtstudio. Es ist immer gut, einen Gast vom ZDF bei uns zu haben, aber wenn er noch dazu Alt-Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung ist, freut uns das natürlich ganz besonders. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung möchte mit dieser Veranstaltung und mit der Arbeit in der Abteilung Politik und Beratung, die dafür verantwortlich ist, zur Entwicklung eines modernen Staatsverständnisses beitragen – zum Beispiel bei der Begleitung der anstehenden Föderalismusreform II, im Zuge der anstehenden Grundsatzprogrammdiskussion der CDU, aber auch in kritischer Beobachtung der Grundsatzprogrammdiskussion der SPD.

Wir wollen deutlich machen: Es geht weniger um das „Ob“, sondern um das „Wie“ staatlichen Handelns, nicht um die bei vielen Angst auslösende Formel des Staatsabbaus, sondern um verbesserte Formen von Governance auf allen politischen Ebenen.

Und Sie wären enttäuscht, wenn ich in diesem Zusammenhang nicht Konrad Adenauer zitieren würde, und diese Enttäuschung möchte ich Ihnen ersparen: „Das deutsche Volk krankt seit vielen Jahrzehnten in allen seinen Schichten an einer falschen Auffassung vom Staat, von der Macht, von der Stellung der Einzelperson. Es hat den Staat zum Götzen und auf den Altar erhoben. Die Einzelperson, ihren Wert und ihre Würde hat es diesem Götzen geopfert.“ (Konrad Adenauer, 1946)

Unser Gesellschaftsmodell von der Sozialen Marktwirtschaft antwortet darauf. Sie will einen handlungsfähigen Staat, einen Staat, der von seinen Bürgern akzeptiert wird, der effizient arbeitet, der für sozialen Ausgleich sorgt, der aber den Menschen nicht nur mit seinen materiellen Bedürfnissen sieht, sondern ihn auch mit seiner individuellen Leistungsfähigkeit wahrnimmt, der nicht für den Einzelnen voraus denkt. Der Staat darf nicht in dem Sinne vorsorgend sein, dass er den Menschen Vorschriften macht und ihnen Entscheidungen abnimmt. Er soll den Einzelnen den Weg frei machen für eine eigenverantwortliche Entwicklung, und – wo das nicht möglich ist – ihm die Chance eröffnen, gleichberechtigt am Wirtschaftsleben teil zu nehmen und ihn fördernd zu begleiten.

Der Staat soll den Bürger nicht bevormunden, sondern helfen, ihn zu befähigen. Und dazu müssen wir den Staat in die Lage versetzen – auch indem wir über Konzepte des Schuldenabbaus diskutieren.

Der Staat soll den Bürger nicht bevormunden, sondern helfen, ihn zu befähigen. Und dazu müssen wir den Staat in die Lage versetzen.

KONSOLIDIEREN ODER INVESTIEREN

WARUM ES OHNE NEUVERSCHULDUNGSVERBOT NICHT MEHR GEHT!

Gerhard Stratthaus



Gerhard Stratthaus

Es sind schon einige Zitate gefallen, deswegen möchte ich auch eines an den Anfang stellen: „Überall in Europa haben die Schulden enorm zugenommen, die heute in allen großen Staaten als drückend empfunden und auf die Dauer vermutlich zum Ruin führen werden.“ Dieses Zitat von Adam Smith stammt aus dem Jahre 1780. Es ist also offensichtlich nicht ganz neu, was wir heute hier diskutieren.

Ich bin studierter Volkswirt, seit neun Jahren Minister, und vorher 28 Jahre Oberbürgermeister einer kleinen Stadt gewesen. Deswegen erlauben Sie mir einen politischen Vortrag mit wirtschaftlichem Hintergrund.

Um eines gleich vorweg zu sagen: Vieles von dem, was wirtschaftlich richtig ist, wird politisch nicht funktionieren.

In der Wirtschaft geht man immer vom rational denkenden und handelnden *homo*

Vieles von dem, was wirtschaftlich richtig ist, wird politisch nicht funktionieren.

oeconomicus aus und ich möchte schlicht und einfach feststellen: der *homo politicus* ist nicht immer ein *homo oeconomicus*.

Der moderne Staat hat verschiedene Aufgaben, die in den letzten Jahrhunderten angewachsen sind. Da ist einmal die innere und die äußere Sicherheit, eine umfangreiche Verwaltung oder die Gerichtsbarkeit. Die öffentliche Infrastruktur kam später hinzu, noch später Krankenhäuser, Schulen oder Hochschulen, und im vergangenen Jahrhundert ging es vor allen Dingen um den sozialen Ausgleich.

Erfahrungsgemäß haben in der Staatsgeschichte die Einnahmen nicht gereicht, um die Ausgaben zu decken. Man hat Defizite in Kauf genommen, in einigen Fällen durchaus zu Recht. Aber heute möchte ich grundsätzlich – und an späterer Stelle werde ich das erläutern – zu neuen Schulden festhalten: Wir leben heute in einer Zeit, in der wir es uns strukturell nicht mehr leisten können, neue Schulden aufzunehmen. Ein Grund dafür ist von Herrn Vogel bereits genannt worden. Die Belastungen, die wir künftigen Generationen aufbürden. Neben der offen ausgewiesenen Kapitalmarktverschuldung, sind das zum Beispiel Beamtenpensionen oder die Verpflichtung gegenüber den Altersvorsorgesystemen. Wenn man die Barwerte dieser Verpflichtungen berechnet, so ergeben diese finanzmathematisch ein Mehrfaches der Kapitalmarktverschuldung.

ZUR ENTWICKLUNG DER STAATSVerschULDUNG – EIN HISTORISCHER ÜBERBLICK

Wenn man über die Verschuldung spricht, so lohnt die Frage, wie sie entstanden ist. Wir hatten nach dem Zweiten Weltkrieg, bedingt durch die Währungsreform, praktisch einen schuldenfreien Staat. Als das Geld am knappsten war, in den 1950er Jahren, wurden auch keine Schulden gemacht. Vielmehr gab es einen Finanzminister Schäffer, der im so genannten Juliusturm Geld zurückgelegt hat.

In den 1960er Jahren hat man angefangen, Schulden zu machen – meistens mit einem schlechten Gewissen. Der entscheidende Unterschied zur heutigen Neuverschuldung war: Die Schulden

sind damals höchstens in dem Maße gewachsen wie die Steuereinnahmen und das Bruttoinlandsprodukt, so dass der Anteil der Zinsen an den Staatsausgaben ungefähr gleich geblieben ist. Das hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert. Heute haben wir aber auch die niedrigsten Zinssätze, die wir jemals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gehabt haben.

Von großer Bedeutung war eine Veränderung, die in den Jahren 1966/67 ihren Anfang nahm. Mit dem ersten Konjunkturereinbruch zu Zeiten des Finanzministers Strauß und des Wirtschaftsministers Schiller – „Plüsch und Plum“ hat man sie damals genannt – wurde der Keynesianismus bewusst eingeführt. Die Vorstellung, der Staat müsse sich zur Stabilisierung des Wirtschaftsprozesses antizyklisch verhalten und könne dazu Schulden aufnehmen. Ein Ansatz, der im Prinzip auch richtig war – aber mit einem wesentlichen Unterschied zum Schuldenmachen der 1950er Jahre. Während man damals ein schlechtes Gewissen beim Schuldenmachen gehabt hat, war es jetzt wissenschaftlich untermauert, dass man Schulden machen darf! Keynes hat in der Tat gesagt, dass in einer Konjunkturflaute der Staat die Nachfrage steigern und dazu neue Schulden aufnehmen darf. Er hat allerdings auch gesagt, dass diese Schulden dann wieder zurückzuführen sind, wenn es die wirtschaftliche Entwicklung zulässt. Das ist eben der Unterschied zwischen dem *homo oeconomicus* und dem *homo politicus*: Der *oeconomicus* wusste, dass zurückgeführt werden muss, der *politicus* hat sich in der Regel nicht daran gehalten.

Das sind die nüchternen Fakten: Seit dem Jahr 1968 sind die „Schleusen“ aufgemacht worden. Die erste große Ölkrise im Jahr 1973 führte zu gewaltigen staatlichen Ausgabeprogrammen – immer mit dem Argument der Konjunkturstabilisierung. Das war auch vertretbar. Entscheidend war: Die andere Seite von Keynes hat gefehlt und so nahmen die Schulden immer weiter zu.

Es kam dann im Jahre 1982 zu einem Regierungswechsel. Bundeskanzler Helmut Schmidt musste auch deswegen aufhören, weil seine Regierung die Staatsfinanzen nicht mehr im Griff hatte. Die Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl hat in den ersten acht oder neun Jahren ihrer Amtszeit weiterhin neue Schulden gemacht. Diese wuchsen aber wesentlich langsamer

als das Bruttoinlandsprodukt, so dass zumindest die relative Verschuldung bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt zurückgegangen ist.

Dann kam die Wiedervereinigung und in ihrer Folge nahm die Verschuldung enorm zu. Wir wissen heute, dass ein solch historischer Fall bei jeder Verfassungsänderung über Regeln der Staatsverschuldung vorgesehen werden müsste. Wenn ein so außergewöhnliches Ereignis eintritt, sind zu seiner Bewältigung neue Schulden notwendig. Allerdings darf das meiner Ansicht nach nur für eine Übergangszeit sein.

Nach dem Jahr 1993 mit der höchsten jemals eingegangenen Neuverschuldung sorgten vor allem die Jahre 2000 und 2001 für eine Verschonpause. Aber seitdem sind die Schulden weiter enorm gewachsen. Ursachen waren der Konjunkturerbruch als Folge des 11. September 2001, aber auch hausgemachte wie die verunglückte Körperschaftsteuerreform mit riesigen Steuereinnahmeausfällen. Diese führte dazu, dass in einem Jahr die Körperschaftsteuereinnahmen noch 49 Milliarden DM betragen und im folgenden Jahr auf minus 400 Millionen Euro beliefen. Im Augenblick sieht die Situation etwas besser aus, ich werde gleich darauf zurückkommen.

DIE SITUATION IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Zuvor darf ich einige Haushaltszahlen aus Baden-Württemberg vergleichsweise anführen. Zur Situation des Bundes hat Herr Vogel schon einiges gesagt. Das Land Baden-Württemberg hat den „drittbesten Haushalt“ – Bayern ist wesentlich besser, auch Sachsen ist etwas besser, die anderen Länder sind alle wesentlich schlechter. Also alles das, was ich jetzt sage, ist beim Bund und bei zumindest zwölf anderen Ländern wesentlich dramatischer – soviel zu den Relationen.

Baden-Württemberg hat ein Haushaltsvolumen von ungefähr 32 Milliarden Euro und einen Schuldenstand von 41 Milliarden Euro. Was heißt das konkret? Wir haben in den letzten Jahren bis zum Jahr 2005 – seither hat sich die Situation deutlich verbessert – jährlich ungefähr zwei Milliarden Euro neue Schulden aufgenom-

men. Dieser Betrag lag immer etwas unter den öffentlichen Investitionen. Daraus könnte man schließen, dass Baden-Württemberg durch die Investitionen Vorsorge für die Zukunft getroffen hat. Dies ist aber falsch. Denn wir haben auch fast zwei Milliarden Euro für Zinsen ausgegeben. Das heißt, die Schulden, die wir aufgenommen haben, haben keineswegs zur Stabilisierung unseres Haushalts in der Zukunft durch neue Investitionen beigetragen. In Wirklichkeit haben wir mit den zusätzlichen Schulden nur die Zinsen für Altschulden bedient, die in Zeiten aufgenommen wurden, als es Baden-Württemberg und der Bundesrepublik Deutschland wesentlich besser ging.

Knapp zwei Milliarden Euro haben wir auch noch im Jahre 2005 aufgenommen. Zu einer Zeit, als die Zinssätze schon viele Jahre auf einem historisch niedrigen Niveau waren. Das Land Baden-Württemberg finanziert seine Schulden durchschnittlich über acht Jahre, so dass es acht Jahre dauert bis die durchschnittlich niedrigen Zinssätze durchdringen. Seit dem Jahr 2000 haben wir nur noch einen Durchschnittszinssatz von viereinhalb Prozent – im Vergleich zu früheren Durchschnittszinssätze von acht, neun, manchmal sogar elf Prozent, natürlich zumeist bezogen auf kurze Zeiträume und im Zusammenhang mit hohen Inflationsraten. Sollten künftig die Zinssätze wieder anziehen, so wie im letzten Dreivierteljahr von dreieinhalb Prozent für zehnjährige Anleihen auf in der Spitze fünf Prozent, dann hat das erhebliche Folgen. Jeder zusätzliche Prozentpunkt kostet das Land Baden-Württemberg rechnerisch 400 Millionen Euro pro Jahr. Sie können sich vorstellen, was das für den Bund bedeuten würde. Auch daran ersehen Sie die Bedeutung der Haushaltskonsolidierung, einem zentralen Anliegen unserer Landesregierung. Und nun zur Frage, warum wir konsolidieren wollen?

RISIKEN, DIE EINE KONSOLIDIERUNG UNUMGÄNGLICH MACHEN

Die demografische Entwicklung

Zunächst, weil wir in einer ganz anderen Situation sind als nach dem Zweiten Weltkrieg oder in einer anderen Situation, in der sich heute Länder wie China oder Indien befinden. Länder mit

sehr hohen Wachstumsraten, die in einem starken Umbruch stecken. Länder mit einer anderen demografischen Situation. Zumindest in Indien leben viele junge Menschen, für die Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. In einer solchen Situation sind höhere Schulden eher zu vertreten. In Deutschland ist die demografische Entwicklung anders, in zwanzig Jahren wird ein wesentlich größerer Anteil unserer Bevölkerung im Ruhestand oder in Rente sein.

Hier spielt die Generationengerechtigkeit eine wichtige Rolle. Die Schulden, die heute gemacht werden, müssen zumindest verzinst werden, selbst wenn sie nicht zurückgezahlt werden. Und in Anbetracht der Tatsache, dass in Zukunft weniger Menschen Steuern bezahlen, kann das zu einer Belastung der politischen und ökonomischen Stabilität führen. Es ist nicht auszuschließen, dass junge Menschen sich fragen, warum sie laufende Steuern und Beiträge zahlen für Verpflichtungen aus der Vergangenheit, wie Pensionen, Renten und Zinsen. Für Verpflichtungen, die die Politik zu einer Zeit eingegangen ist, als mehr Menschen Steuer- und Beitragszahler waren und es Deutschland besser ging. Und es gibt zwei Möglichkeiten, sich dem zu entziehen: Konzerne verlagern auf legale Weise Gewinne ins Ausland, dem „kleinen Mann“ bleibt die Illegalität der Schwarzarbeit oder der Schattenwirtschaft. Rechtlich besteht hier natürlich ein Unterschied. Das eine ist legal, das andere strafbar. Aber ökonomisch ist es vergleichbar. Schon heute wandern viele sehr qualifizierte junge Leute ins Ausland ab. Und solange in Deutschland eine deutlich höhere Abgabenbelastung herrscht als in anderen Ländern, ist dies verständlich. Abwanderungswillige Menschen müssen dafür in internationalen Konzernen nicht einmal ihren Arbeitgeber oder dauerhaft den Arbeitsort wechseln. Aber sie werden ihre Steuern im niedrig besteuerten Ausland bezahlen.

Hinzu kommt, dass die zunehmende Globalisierung es für hochqualifizierte jüngere Leute immer einfacher und selbstverständlicher machen wird, auszuwandern.

Zum anderen bin ich davon überzeugt, dass die Schulden von heute die Steuern und Abgaben von morgen sind. Deshalb hat sich Baden-Württemberg dem Ziel der Nullverschuldung ver-

schrieben. Wichtig sind mir dabei zwei Überlegungen: Zum einen ist festzuhalten, dass die deutsche Wirtschaft relativ langsam wächst, trotz der im Vergleich zu den letzten fünf Jahren hohen Wachstumsraten. Verglichen mit dem Wachstumstempo der Weltwirtschaft liegen wir selbst zurzeit – in unseren besten Jahren – deutlich zurück. Und dies wird angesichts unserer demografischen Entwicklung so bleiben.

Die bereits eingegangenen Zukunftsbelastungen und der Länderfinanzausgleich

Zum anderen bleiben die enormen Zukunftsbelastungen. Der Haushalt von Baden-Württemberg sieht bei einem Volumen von 32 Milliarden Euro ungefähr drei Milliarden Euro für Pensionen vor. Und die Pensionsausgaben steigen von Jahr zu Jahr um hundert Millionen Euro. Wir wissen heute nicht genau, wie hoch die Pensionsausgaben im Jahre 2020 oder 2030 sein werden, weil langfristige Prognosen dazu schwierig sind. Eines wissen wir allerdings: Wir werden doppelt so viel Pensionäre haben wie heute. Insbesondere in den 1970er Jahren wurden viele Lehrer eingestellt, die nun bald 65 Jahre alt werden.

Oft werden in diesem Fall die Beamten mit dem Argument angesprochen, für ihre Pensionsverpflichtung läge keine Kapitaldeckung vor. Das ist richtig, aber wie ist es um die Kapitaldeckung der gesetzlichen Rentenversicherung bestellt? Volkswirtschaftlich gesehen sind beide Systeme genau gleich einzuschätzen. Im einen Fall werden die Ausgaben allein aus Steuern bezahlt, im anderen Fall aus Beiträgen und Steuern. Ohne den Steuerzuschuss würde die Rentenversicherung nämlich nicht mehr funktionieren.

Wirtschaftliche Risiken gibt es auch in Baden-Württemberg. Zurzeit geht es sehr gut, mit fünf Prozent die niedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland, ein hohes Wirtschaftswachstum und sehr gute Steuereinnahmen. Allerdings hat Baden-Württemberg unter dem Strich – nach dem Länderfinanzausgleich – nicht mehr Geld pro Kopf der Bevölkerung zur Verfügung als der Durchschnitt der anderen Länder. Vor dem Länderfinanzausgleich haben wir von den Flächenländern nach Hessen die zweithöchst-

ten Einnahmen. Nach dem Länderfinanzausgleich sind wir ungefähr an elfter Stelle. Die Wirtschaftslage eines Landes macht daher für seine Haushaltssituation nicht so viel aus, weil der Finanzausgleich sehr stark nivelliert.

Entscheidungen auf Bundesebene schlagen sich auch im Landeshaushalt nieder. Die Unternehmensteuerreform befindet sich zurzeit in der Abstimmung. Eine Entlastung von fünf Milliarden Euro steht in der Diskussion, das würde für Baden-Württemberg einen Ausfall von bis zu 500 Millionen Euro bedeuten. Obwohl Vorsorge dafür getroffen wurde muss dieser Fehlbetrag gesehen werden.

Sind Steuererhöhungen eine Lösung?

Natürlich könnte anstelle der Ausgabenreduzierung durch eine Erhöhung der Einnahmen versucht werden, die Haushalte in Ordnung zu bringen. Hierzu möchte ich, gerade bei der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung, zunächst festhalten: Die Steuerquote ist in Deutschland im Augenblick, verglichen mit der Situation nach dem Zweiten Weltkrieg, nicht sehr hoch. Sie war vor zehn oder zwanzig Jahren wesentlich höher als heute. Und eine um einen Prozentpunkt höhere Steuerquote bedeutet rund 23 Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen. Eine um ein bis zwei Prozentpunkte höhere Steuerquote, wie früher, würde 45 bis fünfzig Milliarden Euro höhere Steuereinnahmen bedeuten. Warum machen wir das nicht? Ich will hier nicht über Gerechtigkeit und ethische Fragen reden, sondern über Klugheit. Wir können die Folgen der Globalisierung nicht ausblenden. Manche wollen das nicht einsehen. Herr Lafontaine in erster Linie tut immer so, als ob es noch einen geschlossenen Wirtschaftsraum gäbe. Ich habe vor vierzig Jahren Nationalökonomie studiert. Dieses Fach gibt es heute so nicht mehr, weil ökonomische Fragen international sind. In Baden-Württemberg ist das zum Beispiel an den Grenzen zur Schweiz oder zu Österreich zu sehen. Die Menschen fahren zum Tanken über die Grenze. Und in Österreich sind die Steuern auf Unternehmensgewinne niedriger als in Deutschland. Im Gegenzug gibt es dort eine Lohnsummensteuer. Diese Konstellation wird ausgenutzt, indem in Deutschland produziert und in Österreich die Gewinne versteuert werden

– eine legale rechtliche Gestaltung. Um dem Einhalt zu gebieten wird gefordert, das Steuerrecht zu verändern. Diejenigen, die dies tun, sind gleichzeitig die stärksten Verfechter eines einfachen Steuerrechts. Auch wenn es uns nicht gefällt: Vieles hängt nicht mehr von uns allein ab, weil die Globalisierung neue grenzüberschreitende Möglichkeiten schafft und der Rest der Welt immer weniger Rücksicht auf uns nehmen wird.

DAS SCHULDENVERBOT ALS WIRKSAME FORM DER RISIKOBEGRENZUNG

In Anbetracht dieser Risiken sind wir in Baden-Württemberg der Meinung, dass wir die Schulden sogar verbieten sollten, ohne gewisse Spielräume zu belassen. Ich werde dies gleich noch erläutern.

Aber zunächst möchte ich festhalten: So gut die Idee der antizyklischen Politik ist, wenn sie vierzig Jahre nicht funktioniert hat, dann frage ich mich, warum sie die nächsten vierzig Jahre funktionieren sollte. Deswegen habe ich am Anfang *homo politicus* und *homo oeconomicus* gegenüber gestellt. Mein Vorgänger im Amt hat immer gesagt: „Einen Finanzminister oder ein Parlament dazu zu bekommen, eine Rücklage zu bilden, sei ungefähr die gleiche Aufgabe, wie wenn man einem Hund beibringen wollte, sich einen Wurstvorrat anzulegen.“

Und ein Kollege, Finanzminister der SPD, sagte kürzlich: „Schlimme Haushaltslagen werden immer in guten Haushaltslagen gemacht.“ Jetzt haben wir höhere Steuereinnahmen und jetzt besteht wieder die Gefahr, dass höhere Ausgaben verursacht werden. Ausgaben, die auch in Zeiten noch anfallen, in denen die Steuereinnahmen wieder geringer ausfallen.

Das Neuverschuldungsverbot

Baden-Württemberg wird deswegen versuchen, in der Landesverfassung, wenn das im Grundgesetz über die Föderalismus-Kommission nicht gelingt, ein grundsätzliches Verschuldungsverbot einzubauen. Allerdings mit einem Ausgleichskonto, das auf klar umrissene wenige Fälle beschränkt sein muss. Es ist selbst-

So gut die Idee der antizyklischen Politik ist: Wenn sie vierzig Jahre nicht funktioniert hat, dann stellt sich die Frage, warum sie die nächsten vierzig Jahre funktionieren sollte.

verständlich, dass bei schwächer werdenden Steuereinnahmen, nicht sofort die Baustellen geschlossen werden. Das wäre unklug. Aber auf der anderen Seite gilt: Wenn wir nicht rigoros bei Verstößen gegen das Verschuldungsverbot vorgehen, dann werden wir die gleiche Situation wie in den vergangenen Jahren erleben.

Baden-Württemberg wird ferner die Lebensarbeitszeit der Beamten schneller verändern als das Renteneintrittsalter der gesetzlich Rentenversicherten. Dadurch wird die Zahl der Beamten nicht zurückgehen, aber die Zahl der Pensionäre. Für die Pensionäre haben wir zusätzlich gerade einen Pensionsfonds mit 500 Millionen Euro gebildet.

Natürlich werden wir auch in die Zukunft investieren. Was sind eigentlich Investitionen, so wurde von Herrn Vogel bereits gefragt: Eine Investition ist volkswirtschaftlich betrachtet ein Verzicht auf Konsum in der Gegenwart, verbunden mit der Hoffnung, dass dieser Verzicht in Zukunft Zinsen und Erträge einbringt. Was sind dann sinnvolle öffentliche Investitionen? Vieles von dem, was als öffentliche Investition betrachtet wird, ist keine Investition, sondern langfristiger Konsum. Ein „Spaßbad“ zum Beispiel ist eine Investition! Die Einstellung eines Universitätsprofessors ist dagegen keine Investition. Über den volkswirtschaftlichen Nutzen einer derartigen Definition lässt sich streiten. Häufig ist das Schwimmbad nicht nur keine Investition, sondern sogar eine Desinvestition, weil laufende Zuschüsse notwendig werden, um den Erhalt zu sichern.

Der Abbau der Altschulden

Eine letzte Stellungnahme zum Schuldenabbau. Baden-Württemberg wird dafür sorgen, dass ab dem Jahr 2008 keine neuen Schulden mehr gemacht werden. Das dazu Notwendige ist in die Wege geleitet. Es kommt dann immer wieder die Diskussion auf, ob anschließend die Altschulden abgebaut werden sollen. Ich bin der Meinung, man sollte Schritt für Schritt vorgehen. Dazu ein kleines Rechenexempel: Wenn wir zehn Jahre lang keine neuen Schulden machen, dann wäre bereits viel erreicht. Denn bei einem Wachstum von drei Prozent – eineinhalb Prozent real und

eineinhalb Prozent Inflation –, würde der Schuldenstand von aktuell ungefähr 68 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf fünfzig Prozent zurückgehen. Was Herr Vogel vorhin zu Ländern wie Dänemark gesagt hat war möglich, weil diese Länder neben den Sparanstrengungen auch besonders stark gewachsen sind. In der Föderalismuskommission, in der der baden-württembergische Ministerpräsident Co-Vorsitzender ist, werden wir versuchen einen rigorosen Kurs bei der Verschuldungsbegrenzung durchzusetzen – soweit dies möglich ist. Ich glaube aber nicht, dass uns jemand daran hindern kann, in unserer Landesverfassung wesentlich weiter zu gehen, wenn wir der Meinung sind, dass der im Bund beschlossene Kompromiss nicht weit genug geht. Baden-Württemberg hat das auch besonders nötig, denn es muss mit den höchsten Pensionsbelastungen fertig werden. Und an dieser Stelle kann ich mit etwas Positivem schließen: Diese Pensionsverpflichtungen haben wir deswegen, weil wir das beste Lehrer-Schüler-Verhältnis aller Flächenländer haben. Auf der einen Seite eine schöne und gute Sache, auf der anderen Seite eine große Herausforderung.

PODIUMSDISKUSSION

PETER BOFINGER, STEFFEN KAMPETER, HANS RECKERS,
GERHARD STRATTHAUS

MODERATION: THORSTEN W. ALSLEBEN



*(v.l.n.r.: Peter Bofinger, Steffen Kampeter, Thorsten W. Alsleben,
Gerhard Stratthaus, Hans Reckers)*

Thorsten W. Alsleben:

Manchmal kann man in den Medien den Eindruck gewinnen, wir würden im Geld schwimmen. Alle zwei Wochen gibt es neue Meldungen über eine bessere Konjunktur und höhere Steuereinnahmen. Bundesfinanzminister Steinbrück geht davon aus, dass der Staatshaushalt im Jahre 2010 ausgeglichen sein wird.

Bundeswirtschaftsminister Glos sagt dies bereits für das Jahr 2008 voraus. Herr Reckers, dennoch mahnte die Deutsche Bundesbank in Ihrem Monatsbericht Juni 2007 an, keinesfalls sei das Ziel des ausgeglichenen Haushalts schon erreicht. Wie ist der aktuelle Stand zum Thema „Ausgeglicherer Haushalt“?

Hans Reckers:

Im Jahr 2006 betrug das gesamtstaatliche Defizit 1,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und in diesem Jahr wird es gemäß den Regierungsplanungen auch noch ein Defizit, also eine Neuverschuldung, geben. Grundsätzlich müssen wir die Themen „Ausgeglicherer Haushalt“ und „Schuldenabbau“ klar trennen. Geht es nur um den Abbau der Neuverschuldung, wodurch der Schuldenstand immer noch weiter wächst, oder ist es wirklich der Abbau des Schuldenstandes?

Und obwohl wir vom Ziel eines ausgeglichenen Haushalts noch ein Stück entfernt sind, ist es bemerkenswert und beängstigend, welche Diskussionen und Entscheidungen über höhere Staatsausgaben stattfinden. Vierzehn Milliarden Euro sollen in den kommenden Jahren aus dem Staatshaushalt in die Krankenkassen fließen. Der Bund übernimmt Kosten der Kleinkinderbetreuung, das BAföG soll um zehn Prozent erhöht werden, die Entwicklungshilfe soll um 750 Millionen Euro im Jahr steigen. Die Länder stellen teilweise zusätzlich Lehrer und Polizisten ein.

Ich sehe mit großen Sorgen auf die Ausgabenseite. Vor allem, in Anbetracht der Tatsache, dass die Verminderung des Defizits auf 1,6 Prozent im letzten Jahr in einem sehr günstigen konjunkturellen Umfeld zustande kam.

Insofern sind wir von einer nachhaltigen Finanzpolitik und einem ausgeglichenen Haushalt noch entfernt. Denn wenn wir über den Konjunkturzyklus hinweg ausgeglichene Haushalte als Ausdruck von Nachhaltigkeit anstreben, dann müssten wir in einer konjunkturellen Situation wie der jetzigen gesamtstaatliche Überschüsse einplanen, die in konjunkturellen Schwächephasen entstehende Defizite ausgleichen.

„Insofern sind wir von einer nachhaltigen Finanzpolitik und einem ausgeglichenen Haushalt noch entfernt. Denn über den Konjunkturzyklus hinweg müssten wir in einer Situation wie der jetzigen gesamtstaatliche Überschüsse einplanen.“

Hans Reckers

Thorsten W. Alsleben:

Herr Kampeter, Ihre Aufgabe als haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es, die zusätzlichen Ausgabenwünsche im Bundeshaushalt abzuwehren. Ist es da hilfreich, wenn pausenlos über Steuererhöhungen diskutiert wird oder wünschen Sie sich vielmehr schlechtere Prognosen?

Steffen Kampeter:

Sie haben nicht Unrecht, es ist schon einigermaßen paradox. Natürlich ist Sparen einfacher, wenn jeder von einer Krise redet. Und eine konservative Haushaltspolitik ist ausgesprochen schwierig zu vermitteln, wenn jede Woche eine gute Nachricht über die Entwicklung der Staatseinnahmen kommt.

Tatsache ist aber: Die gefühlte Konsolidierung ist weitaus besser als die tatsächliche Konsolidierung, denn beim geringsten Konjunkturerückgang oder bei einem Anstieg der Arbeitslosigkeit werden die jetzt ausgesprochen positiven Entwicklungen des Staatshaushaltes nicht weiter fortgeführt werden können.

Und wenn Sie vom „Schwimmen im Geld“ gesprochen haben, dann möchte ich entgegnen: Wir „ertrinken nahezu in Schulden“.

Der Bundeshaushalt hat fast tausend Milliarden Euro Schulden angehäuft, in unterschiedlichsten politischen Konstellationen. Und wenn wir dabei noch von einmaligen Effekten wie den Erlösen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen oder höheren Bundesbankgewinnen absehen, dann zahlen wir heute noch an den Staatskarossen von Konrad Adenauer – weil wir de facto bis heute keine Schulden getilgt haben. Es war eine Illusion zu glauben, Schuldenpolitik würde die Handlungsspielräume des Staates ausweiten. Tatsächlich liegen die Zinszahlungen für diese Schulden so hoch, dass wir sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus der Substanz zahlen.

Also von Entwarnung kann überhaupt keine Rede sein. Wir müssen Leitplanken einziehen, denn das strukturelle Defizit ist weiterhin hoch. Wir müssen Vorsorge dafür treffen, dass wir bei

„Und wenn Sie vom ‚Schwimmen im Geld‘ gesprochen haben, dann möchte ich entgegnen: Wir ‚ertrinken nahezu in Schulden‘“.

Steffen Kampeter

einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen das Defizitziel „Nullverschuldung“ halten können.

Thorsten W. Alsleben:

Herr Bofinger, ist das Gesagte aus Ihrer Sicht Alarmismus und Panikmache, oder sehen Sie die Situation auch als so dramatisch an?

Peter Bofinger:

Zunächst möchte ich gern ein gutes Wort für die Politiker einlegen. Es ist ja in Deutschland sehr populär, Politiker als Verschwender darzustellen, die mit öffentlichem Geld nicht umgehen können. Der *Spiegel* hat letztes Jahr eine Ausgabe dem Thema „Der Verschwenderstaat“ gewidmet. Der Tenor war: Politiker können nicht richtig mit Geld umgehen und müssen an die Kandare genommen werden. Die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben in Deutschland in den letzten zehn Jahren spricht eine andere Sprache. Deutschland ist das Land in der OECD mit dem geringsten Ausgabenanstieg. Wir sind sozusagen Weltmeister im öffentlichen Sparen. Wir sind auch das Land, das seine Staatsquote in den letzten fünf, sechs Jahren so reduziert hat wie kein anderes Land. Der Staat hat sich aus dem Wirtschaftsprozess massiv zurückgezogen. Die Staatsquote ist in diesem Jahr eine der niedrigsten, es gibt nur drei Länder unter den alten EU-Mitgliedstaaten – Irland, Spanien und Luxemburg –, die eine niedrigere Staatsquote haben. Das heißt, es ist in den letzten Jahren sehr viel in Deutschland geschehen, um den staatlichen Einfluss zurückzudrängen – teilweise auf Kosten geringer öffentlicher Investitionen. Das Bild, dass Staat und Politik das Geld mit vollen Händen ausgeben ist einfach falsch!

„Das Bild, dass Staat und Politik das Geld mit vollen Händen ausgeben ist einfach falsch!“

Peter Bofinger



Peter Bofinger

Vielmehr muss man fragen: Woher kommt das Defizitproblem? Das Defizitproblem kommt, wenn man die neuere Vergangenheit betrachtet, zum einen aus der deutschen Einheit. Und das war unvermeidbar. Ich

finde es auch völlig unproblematisch, dass künftige Generationen mit Schulden belastet werden, die teilweise durch die deutsche Einheit entstanden sind. Denn die deutsche Einheit ist nicht das Verschulden der aktiven Generation, sondern von vielen Generationen in Deutschland. Daher halte ich es für korrekt, einen Teil der Schulden, die zur Überwindung der Teilung aufgenommen wurden, in die Zukunft zu tragen.

Und die zweite Ursache unseres Verschuldungsproblems hat mit der Haushaltspolitik der letzten Jahre zu tun. Zum einen mit den enormen Steuersenkungen, die die Einnahmehasis des Staates wie in keinem anderen Land massiv erodieren ließ. Hier könnte man möglicherweise ein Verschulden der Politik konstatieren, indem die Steuern zu großzügig gesenkt wurden. Zum anderen haben wir in den letzten Jahren in Deutschland eine quasi deflationäre Situation gehabt. Aufgrund des ausbleibenden Wachstums mit der Folge, dass jede Neuverschuldung den Schuldenstand massiv hat ansteigen lassen.

Ich finde es eigentlich beachtlich, dass eine große Koalition den Mut hatte, die Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte zu erhöhen. Das war unpopulistisch, ich fand es volkswirtschaftlich auch sehr gewagt. Aber es scheint geklappt zu haben. Da haben Politiker den Mut gehabt, etwas zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen beizutragen, das voraussichtlich im nächsten Jahr zu einem ausgeglichenen Haushalt führt.

Deswegen wundert mich schon, dass wir jetzt diese alarmistische Diskussion haben, die besser in die Jahre 2003 oder 2004 gepasst hätte. Daraus wird für die künftige Schuldendiskussion eines deutlich: Wirtschaftspolitik darf nicht eindimensional sein und sich nur auf ein Ziel, zum Beispiel die öffentliche Verschuldung, reduzieren. Sie muss mehrdimensional handeln. Solide Haushalte sind wichtig, aber wir müssen den Staat auch in die Lage versetzen, ausreichende Zukunftsinvestitionen vorzunehmen und damit die Zukunftsfähigkeit des Landes zu wahren. Wenn ich dann sehe, dass Deutschland das Land mit den drittniedrigsten Bildungsausgaben in der EU und den zweitniedrigsten öffentlichen Infrastrukturausgaben ist, dann fehlt es an der Mehrdimensionalität der Finanzpolitik.

„Es wäre fatal, wenn wir jetzt um jeden Preis Schulden abzubauen wollten und dabei die Zukunftsinvestitionen vernachlässigten.“

Peter Bofinger

Und es wäre fatal, wenn wir jetzt um jeden Preis Schulden abzubauen wollten und dabei die Zukunftsinvestitionen vernachlässigten. Das wäre genauso kurzsichtig, wie wenn ein Unternehmer seinem Sohn in zehn Jahren das Unternehmen übergeben möchte und heute entscheidet, nicht mehr zu investieren, damit er keine neuen Schulden mehr macht und ein schuldenfreies Unternehmen übergibt. Genauso unsinnig wäre es, wenn wir jetzt eindimensional versuchen würden, Schulden abzubauen. Die Mehrdimensionalität des Problems erfordert eine behutsame und ausgewogene Vorgehensweise. Und dabei ist Alarmismus abträglich.

Thorsten W. Alsleben:

Herr Stratthaus, es gibt dazu auch die ökonomische Gegenthese. Das Institut der Deutschen Wirtschaft und die Universität zu Köln haben gerade eine Studie veröffentlicht. Danach würde der Schuldenstand im Jahr 2050 nicht mehr bei 68 Prozent des Bruttoinlandsprodukts wie heute liegen, sondern bei 239 Prozent, wenn die Politiker so weiter machen wie bisher. Was ist also zu tun?

Minister Gerhard Stratthaus:

Ich habe Herrn Bofinger nicht so verstanden, dass man unbedingt so weitermachen muss wie bisher. Und ich habe auch darauf hingewiesen, dass die Steuerquote in Deutschland in diesem Jahr mit 22 Prozent rund zwei bis drei Prozentpunkte niedriger liegt als früher. Das ist alles richtig. Aber ich möchte auch nochmals anhand des Beispiels aus Baden-Württemberg deutlich machen: Wir zahlen jedes Jahr zwei Milliarden Euro für Zinsen, und davon hat die jetzige Generation nichts.

Deshalb bin ich der Meinung, dass wir auf keinen Fall mehr Schulden machen dürfen. Denn die wirkliche Problematik liegt in der Zukunftsbelastung, die außerhalb unseres aktuellen Schuldenstandes liegt: Drei Milliarden Euro für die Pensionen unserer Beamten, zwei Milliarden Euro für Zinsen. Wir geben also schon jetzt fünf Milliarden Euro von unseren Steuereinnahmen für Dinge aus, denen Leistungen zugrunde liegen, die in der Vergan-

genheit erbracht worden sind. In fünfzehn Jahren wären das keine fünf, sondern acht Milliarden Euro. Deshalb dürfen wir uns auf keinen Fall neue Zinsbelastungen zumuten.

Und wenn Herr Bofinger sagt, man solle mit Politikern nicht zu streng umgehen, so meine ich: Sie haben mit mir natürlich einen Finanzminister eingeladen. Und es gibt genügend andere Ministerkollegen, die das Gegenteil von strenger Haushaltspolitik fordern. Der Kultusminister möchte mehr Lehrer einstellen, der Verkehrsminister will bessere Straßen bauen – sie haben alle Recht, wie so viele andere Kollegen.

Unser Kunststück besteht darin, dass wir die vernünftige Mitte finden: Es muss auch investiert werden. Aber zum Investieren und dem Beispiel mit dem Erben des Unternehmens von Herrn Bofinger möchte ich allerdings sagen: Dieser Unternehmer wird nur investieren, wenn sich seine Investition stärker verzinst als der Schuldzins hoch ist. Und dieser Zusammenhang ist im öffentlichen Bereich so selbstverständlich nicht gegeben. Deswegen ist es so wichtig, wofür wir investieren. Bildung ist in der Tat das Wichtigste. Das ist überhaupt keine Frage, nur: Auch für die Bildung muss das wirtschaftliche Prinzip gelten. Und es ist falsch anzunehmen, je mehr man in die Bildung steckt, umso besser sind die Ergebnisse. Das ist keineswegs so.

Deswegen habe ich der Forderung von Frau Kultusministerin Schavan „Mehr Geld für die Bildung!“ als Finanzminister immer entgegengehalten „Mehr Bildung fürs Geld!“. Und sie hat nicht widersprochen.

Thorsten W. Alsleben:

Bevor wir zu den Zukunftsthemen kommen, noch eine Frage zum aktuellen Bundeshaushalt. Es gibt siebzehn Milliarden Euro Mehreinnahmen und die Bundeskanzlerin hat sich mit dem Vizekanzler und dem Finanzminister darauf geeinigt, maximal zwei Milliarden Euro mehr auszugeben. Herr Kampeter, warum sind Sie da so knauserig, wenn es gerade so gut läuft?

„Deswegen habe ich der Forderung ‚Mehr Geld für die Bildung!‘ als Finanzminister immer entgegengehalten: ‚Mehr Bildung fürs Geld.‘“

Gerhard Stratthaus

Steffen Kampeter:

„Jede auch nur prognostizierte Steuermehreinnahme wird gleich zum Staatsüberschuss, eine perverse Wahrnehmung.“

Steffen Kampeter

Eine Ursache ist das „vergiftete“ Lob, das Herr Bofinger gerade den Politikern gespendet hat. Das war mehr Werbung für eine schuldenorientierte ökonomische Theorie.

Die derzeitige Situation, die ich als Ökonom und Politiker analysiere, ist eine durch die guten Meldungen von der „Steuerfront“ geschürte Ausgabenillusion. Wir haben konjunkturelle Steuermehreinnahmen, auf die mit strukturellem Ausgabenmehrbedarf reagiert wird. Im Ergebnis wird das strukturelle Defizit, die aus meiner Sicht als Haushaltspolitiker entscheidenden Steuerungsgröße, durch diese Entscheidungen vergrößert und nicht vermindert. Denn die Ausgaben für Kinderbetreuung, für die weder finanzielle Spielräume noch eine Bundeszuständigkeit bestehen, werden auch dann noch aus dem Bundeshaushalt fließen, wenn die konjunkturellen Steuermehreinnahmen aufgrund schlechterer Konjunktur nicht mehr zur Verfügung stehen. Jede auch nur prognostizierte Steuermehreinnahme wird gleich zum Staatsüberschuss, eine perverse Wahrnehmung.

Darin unterscheiden sich Journalisten und die Bevölkerung wenig von vielen Kollegen im Bundeskabinett. Und deswegen ist Haushaltspolitik zum gegenwärtigen Zeitpunkt Schadensbegrenzung und wenn man von siebzehn Milliarden Euro steuerlichen Mehreinnahmen nur zwei „verliert“, dann bedeutet dies einen Teilerfolg.

Und darüber hinaus: Wir haben bisher nur über die ausgewiesene Verschuldung und nicht über die implizite Verschuldung geredet. Die Pensionsausgaben im öffentlichen Bereich, die der Sachverständigenrat beklagt. Im Gutachten mahnen sie uns, nicht nur auf die ausgewiesene Verschuldung zu achten, sondern insbesondere auf die implizite Verschuldung. Also diejenige, die – vor den Augen der Bevölkerung verschleiert – uns aufgrund des demografischen Wandels in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren mit brutaler Härte treffen wird.

Deswegen warne ich vor der Illusion, dass eine konjunkturelle Schwalbe alle strukturellen Probleme des Bundeshaushaltes löst.

Und ich könnte insbesondere darauf hinweisen, dass wir zum Beispiel in der Arbeitsmarktpolitik durch gemeinschaftlich getragene Fehlentscheidungen für weniger Arbeitslose bei allen Gebietskörperschaften Milliarden Euro zusätzlich ausgeben. „Hartz IV“, im Vermittlungsausschuss gepriesen als eine enorme Rationalisierungsmöglichkeit für Bund und Gemeinden, führt dazu, dass wir bei sinkender Arbeitslosigkeit mehr Ausgaben haben. Das zeigt mir, dass es noch erhebliche Effizienzreserven gibt. Oder, letztes Beispiel: Deutschland ist, um von Verkehrsinvestitionen zu reden, das Land mit den teuersten Autobahnkilometern – nirgendwo ist der „Kilometer Autobahnbau“ so teuer, im übrigen bei fünfzig Prozent Planungskosten. Auch hier müssen wir die Effizienz staatlicher Ausgaben erhöhen. Dann gibt es nicht nur mehr Bildung fürs Geld, sondern auch mehr Autobahn. Haushaltspolitiker sind Realisten und Politik beginnt mit dem Betrachten der Realität!

Thorsten W. Alsleben:

Herr Reckers, Sie betrachten in der Deutschen Bundesbank auch die Realität. Wo sehen Sie Möglichkeiten, Ausgaben zu senken, ohne dass der Staat seine Handlungsfähigkeit aufgibt und zu einem „Nachtwächterstaat“ wird?

Hans Reckers:

Wichtig ist, dass die Entwicklung der Ausgaben unterhalb der Entwicklung der Einnahmen bleibt. Dann hat man ja Jahr für Jahr sozusagen ein Stück Konsolidierungsbeitrag.

Eine Möglichkeit ist die Frage, ob wir nicht stärker auf Gebührenfinanzierung übergehen müssen. Als Beispiele dienen die Einführung der LKW-Maut oder der Studiengebühren. Auch ist zu diskutieren, ob öffentliche Aufgaben nicht anders finanziert werden können, zum Beispiel durch *Public Private Partnership*-Modelle (PPP). Und ob durch weitere Privatisierung auch Haushaltsentlastungen möglich werden.

Wir sind auf diesem Weg. Es gibt erste PPP-Projekte, noch relativ wenig, manche sagen, wir haben mehr Kongresse als Projekte zum Thema.

„Die Gebührenfinanzierung kann nicht nur die öffentlichen Haushalte entlasten, sondern auch verbesserte Steuerungselemente bereithalten.“

Hans Reckers

Und ich glaube, dass die Gebührenfinanzierung nicht nur die öffentlichen Haushalte entlasten kann, sondern auch verbesserte Steuerungselemente bereithält.

Und dann wird es im Wesentlichen darum gehen, den Anstieg der Ausgaben unterhalb des Anstiegs der Einnahmen zu halten. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung eine große Aufgabe. Die zusätzlichen Ausgabenwünsche in den Bereichen Infrastruktur, Bundeswehr usw. sind eine enorme Herausforderung.

Thorsten W. Alsleben:



Herr Bofinger, der Bundeswirtschaftsminister Michael Glos hat ein Programm vorgestellt, den „Goldenen Schnitt 2012“. Das müsste Ihnen aus der Seele sprechen, denn die finanziellen Spielräume von siebzig Milliarden Euro bis

zum Jahr 2012 sollten danach für Investitionen an der richtigen Stellen genutzt werden: Für Bildung, später auch zur später auch zur Senkung der Steuern. Ist das ein vernünftiger Ansatz im Sinne von Keynes?

Peter Bofinger:

Das ist es nicht, denn der Kern des Programms von Herrn Glos ist, dass die Staatsquote bis zum Jahre 2012 um anderthalb Prozentpunkte gesenkt wird. Und ich glaube, wir müssen uns einfach von der Vorstellung freimachen, dass man einfach die Staatsausgaben beliebig reduzieren könne, ohne davon Nachteile zu haben.

Und um die Frage beantworten zu können, für welche Bereiche der Staat Geld ausgeben sollte, sollte man auf das Instrument des Benchmarkings zurückgreifen, wie es die Unternehmen tun. Man sollte fragen, was tun andere Staaten in Europa, die ein hohes Niveau haben. Ich habe bereits darauf hingewiesen, wir

„Wir müssen uns von der Vorstellung freimachen, dass man einfach die Staatsausgaben beliebig reduzieren könne, ohne davon Nachteile zu haben.“

Peter Bofinger

haben jetzt eine der niedrigsten Staatsquoten unter den EU15-Ländern niedriger als zum Beispiel in Großbritannien. Und deswegen glaube ich nicht, dass wir die Staatsquote weiter zurückführen sollten. Dies schlägt aber Herr Glos vor. Die Entwicklung der Staatsausgaben soll in den nächsten Jahren unterhalb der Entwicklung des nominellen Bruttoinlandsprodukts bleiben und damit – wie Herr Reckers sagt – unter dem nominellen Wachstum der Staatseinnahmen. Der Staat soll sich weiter zurückziehen. Und das ist meiner Meinung der falsche Weg, gerade wenn man andere Länder in Europa als Vergleichsmaßstab heranzieht. Ich glaube, dass wir in Deutschland mit einer noch niedrigeren Staatsquote unsere öffentlichen Aufgaben nicht mehr vernünftig wahrnehmen können. Das ist zwar in Deutschland populistisch und beliebt, erinnert sei an „Geiz ist geil“, aber das heißt auch: Wir wollen mit den drittniedrigsten Bildungsausgaben in Europa hervorragende Bildungsergebnisse erzielen, wir erwarten mit den zweitniedrigsten Investitionsausgaben hervorragende Autobahnen – das kann auf Dauer nicht gut gehen. Wenn die meisten anderen Länder in Europa für ihre Bildung deutlich mehr Geld ausgeben, insbesondere unser Niveau in der Primarstufe ist eine Katastrophe, dann finde ich das unglaublich gefährlich. Und Benchmarking ist ein Ausweg aus dieser Situation. Es macht keinen Sinn, wenn wir in Deutschland eine Diskussion führen, ohne die anderen Länder zu betrachten. Wir können uns in Europa mit vielen Ländern, die höhere Staatsquoten haben, vergleichen. Und deshalb glaube ich, dass wir nicht zukunftsfähig sind, wenn wir so weitermachen.

Thorsten W. Alsleben:

Aber Ihre Kollegen vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) sagen, dass Schweden bei gleichen PISA-Ergebnissen im Vergleich zwanzig Milliarden Euro „billiger“ sei.

Peter Bofinger:

Dann lassen Sie uns die Studie genau analysieren, die das IW zu den Ausgaben der Privatschulen gemacht hat. Die Privatschulen in Deutschland, sagt das IW, sind erheblich leistungsfähiger als die öffentlichen Schulen. Die Privatschulen, obwohl sie wettbe-

„Wir haben in Deutschland immer das Gefühl, wir kriegen das alles für weniger hin als die anderen! Aber der Staat ist kein Aldi!“

Peter Bofinger

werbsfähig organisiert sind, geben fünfzig Prozent mehr pro Schüler aus als die öffentlichen Schulen und liegen damit in etwa auf OECD-Niveau. Das heißt doch: Wenn Ausgaben höher sind, dann werden auch die Leistungen besser. Ich meine, wir müssen im Grundschulbereich ansetzen, wie Finnland. Dazu gehört mehr und bessere Betreuung, Sonderbetreuung und vielleicht auch psychologische Hilfestellung.

Wenn wir auch die schwierigen Schüler fördern wollen, dann geht das nicht zum Nulltarif! Wir haben in Deutschland immer das Gefühl, wir kriegen das alles für weniger hin als die anderen! Wir wollen weniger bezahlen und mehr Leistung haben. Das prägt und ist unheimlich populistisch. Aber der Staat ist kein Aldi!

Thorsten W. Alsleben:

Sie kennen den Haushalt, Herr Kampeter. Sind wir denn wirklich so sparsam bei unseren Ausgaben? Wie schneiden wir bei Benchmark-Vergleichen ab?

Steffen Kampeter:

„Wir bauen den Staat nicht ab. Wir haben zu hohe Sozialausgaben, deswegen können wir die Bildungsausgaben nicht erhöhen.“

Steffen Kampeter

Ich finde es nicht richtig, dass Herr Bofinger die Ziele von weniger Staat und von mehr Bildung gegeneinander ausspielt. Denn diese Alternative steht nicht zur Entscheidung.

Wir bauen, wenn ich die Entwicklung des Bundeshaushalts anschau, den Staat nicht ab. Wir haben zu hohe Sozialausgaben, deswegen können wir die Bildungsausgaben nicht erhöhen. Das muss man in aller Klarheit sagen!

Ein knappes Drittel des Bundeshaushalts wird durch den Steuerzuschuss zur Rentenversicherung aufgebraucht. Wir geben rund vierzig Milliarden Euro für den Arbeitsmarkt aus. Und wir müssen, auch als Folge der Schuldenpolitik nach Keynes, rund vierzig Milliarden Euro an Zinsen ausgeben, bei einem Bundeshaushalt von rund 270 Milliarden. Diese „Versäulung“, die Struktur des Haushaltes, müssen wir lösen. Und im Übrigen haben wir eine politische Grundsatzentscheidung getroffen.

Wir wollen im Rahmen unserer Forschungs- und Entwicklungsstrategie gemeinsam – Bund, Länder, Gemeinden und Private – unsere Ausgaben auf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigern. Ich glaube, dass die Behauptung, dass weniger Staat weniger Bildung bedeutet, in die Irre führt. Weniger Staat bedeutet auch mehr Freiheit, und diese Perspektive hat Michael Glos aufgezeichnet. Er hat erstens gesagt, wir sanieren den Staatshaushalt und schaffen mehr Freiheitsräume, weil wir mit weniger Schulden und weniger Zinszahlungen auch wieder mehr gestalten können. Im zweiten Schritt hat er gesagt: Wir müssen die Sozialabgaben senken. Und in einem dritten Schritt müssen wir die gewonnenen Freiheitsspielräume investieren – unter anderem durch eine Absenkung der Einkommensteuer. Aber erst im nächsten Jahrzehnt, also gegen Ende der nächsten Legislaturperiode. Ich finde, das ist eine gute und kluge wirtschaftspolitische Alternative zu dem rein buchhalterischen Ansatz, den andere Kollegen in der Bundesregierung vertreten. Und es steht dem Wirtschaftsminister gut zu Gesicht, wenn wieder wirtschaftspolitische Ansätze und wichtige Beiträge zur wirtschaftspolitischen Debatte aus seinem Hause kommen. Ich kann daran nichts Kritikwürdiges erkennen!

Thorsten W. Alsleben:

Sie haben die drei schwierigen Positionen im Haushalt genannt: Rentenzuschuss, Kosten für Arbeitslosigkeit und Zinszahlung. Welchen von diesen drei Posten können Sie denn auf absehbare Zeit absenken und wie?

Steffen Kampeter:

Was den Bundeszuschuss zur Rentenversicherung angeht, so haben wir im Deutschen Bundestag durch die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre eine der fundamentalsten Veränderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung beschlossen. Ich glaube, dass dies bei realistischer Betrachtung und trotz der Revisionsklausel eine kluge und richtige Entscheidung war. Und diese strukturelle Entlastung des Sozialtats beinhaltet auch eine Botschaft an die junge Generation zu mehr Eigenvorsorge. Ich sehe den größten Rationalisierungs- und Einsparspielraum im

Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Das läuft nach meiner Auffassung – auch die aktuellen Entwicklungen in der großen Koalition – nicht in die richtige Richtung. Wir müssen mehr Effizienz in der Arbeitsmarktpolitik erzielen. Das lässt sich weder durch einen gesetzlichen Mindestlohn noch durch komplizierte Branchenlösungen machen, sondern nur durch mehr Flexibilität und Dezentralität auf dem Arbeitsmarkt. Und wir müssen die Sozialbürokratie und Lohnersatzleistungen für Arbeitslose noch mal auf den Prüfstand stellen. Denn mit der aktuellen Situation ist niemand zufrieden: Weder der Bundesfinanzminister noch der Bundesarbeitsminister, noch die Kommunen, von den Arbeitslosen ganz zu schweigen, die glauben, dass Hartz IV ihnen Einbußen verordnet hat, während Bund und Ländern Mehrausgaben haben. Hier sehe ich die eigentliche Hauptaufgabe auch mit Auswirkungen auf den Bundeshaushalt.

Thorsten W. Alsleben:

Weil gerade davon gesprochen wurde, Herr Stratthaus, was halten Sie denn von dem Vorschlag, dass in absehbarer Zeit die Steuern gesenkt werden können, um die Wirtschaft anzukurbeln?

Minister Gerhard Stratthaus:

Nein, ich bin der Meinung, dass wir die Steuern in absehbarer Zeit nicht senken können. Unsere Steuerquote liegt – es ist vorhin schon angesprochen worden – ungefähr im Durchschnitt in Europa. Wir sollten versuchen, die steuerliche Belastung dort zu belassen. Aber auf eine für mich sehr wichtige Sache möchte ich nochmals hinweisen: Das größte Problem sind die Zinsbelastungen. In Baden-Württemberg geben wir zwei Milliarden Euro dafür aus. Wenn wir den Schuldenstand von Bayern hätten, lägen unsere Zinsbelastungen nur bei einer Milliarde Euro. Wir hätten dann eine Milliarde Euro mehr für den laufenden Haushalt. Hätten wir hingegen den Schuldenstand von Schleswig-Holstein, müssten wir vier Milliarden Euro für Zinsen ausgeben und hätten zwei Milliarden Euro weniger zur Verfügung. Deswegen kann es nicht vernünftig sein, Schulden aufzubauen, denn dann zahlen wir anschließend Zinsen für Leistungen, die schon

längst erbracht worden sind. Bei einem privaten Unternehmen ist das fundamental anders, denn das private Unternehmen hofft, dass es durch seine Verschuldung einen künftigen Gewinn erzielt, und zwar über die Zinsbelastungen hinaus. Öffentliche Investitionen sind dann notwendig, wenn sie volkswirtschaftlich rentabel sind. Da steht es für mich außer Frage, dass Straßenbau zum Beispiel notwendig ist. Auch auf Bildungsausgaben habe ich bereits hingewiesen. Aber es gibt natürlich auch manchen Unsinn, der in Deutschland gemacht wird, auch auf landespolitischer Ebene, der schnell beendet werden muss.

Thorsten W. Alsleben:

Die Rückführung der aktuellen Staatsausgaben ist das eine, lassen Sie uns noch fragen, wie neue Schulden künftig vermieden werden können? Dazu möchte ich das Beispiel von dem Wurstvorrat aufgreifen, das Franz Josef Strauß das erste Mal geprägt hat. Kann man den Hund animieren, auf den Wurstvorrat aufzupassen, indem man ein Gitter dazwischen setzt. Das Gitter des Grundgesetzes ist Artikel 115. Herr Reckers, warum hat dieses Gitter nicht funktioniert, um den Hund davor zu bewahren, die Wurst zu essen?

Hans Reckers:

Artikel 115 des Grundgesetzes begrenzt die Neuverschuldung auf die Höhe der Investitionen, ohne die Abschreibungen und Vermögensverwertungen zu berücksichtigen. Er erlaubt also eine Neuverschuldung. Mit der Einführung des Euro, mit dem Maastricht-Vertrag und mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde auf europäischer Ebene eine andere Lösung gewählt und eine Verschuldungsgrenze vorgegeben. Es ist schade, dass in der Öffentlichkeit viel mehr über die Drei-Prozent-Obergrenze des Maastricht-Vertrages für die Neuverschuldung gesprochen wird und viel weniger über die Vorschrift im Stabilitäts- und Wachstumspakt, wonach die öffentlichen Haushalte über den Konjunkturzyklus hinweg zumindest annähernd ausgeglichen sein sollen.

Deshalb ist es in guten Konjunkturzeiten wie jetzt notwendig, dass Überschüsse gemacht werden, die in konjunkturell schlechten Jahren entstehende Defizite ausgleichen.

„Der Artikel 115 des Grundgesetzes müsste in Richtung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt verändert werden.“

Hans Reckers

Der Artikel 115 des Grundgesetzes müsste in Richtung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt verändert werden. Wenn man an einer investitionsbezogenen Kreditgrenze festhalten möchte, müssten die Abschreibungen und Vermögensverwertungen künftig Berücksichtigung finden.



Hans Reckers

Wobei wir in Deutschland unter Berücksichtigung des Kapitalverzehr gegenwärtig Desinvestitionen machen. Die Abschreibungen liegen höher als die Investitionen. Zielrichtung müssen ausgeglichene Haushalte sein, wie beim europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt, vor allen Dingen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung. Deutschland hat ein Schuldenniveau, das 68 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beträgt und von dem ausgehend die demografischen Folgen zu bewältigen sind.

Deshalb ist jetzt ein sehr günstiges Zeitfenster. Die Konjunktur ermöglicht bald ausgeglichene Haushalte, und wir sind sozusagen noch gerade „vor“ den großen Auswirkungen des demografischen Wandels. Und ich hoffe, dass die Föderalismus-Kommission zu solchen Schuldenbegrenzungen und im Kern zu einem Verbot der Neuverschuldung kommt.

Thorsten W. Alsleben:

In zwei Tagen wird es die Anhörung der Föderalismus-Kommission geben. Viele Varianten werden bereits diskutiert. Ich glaube, die radikalste Variante haben Sie, Herr Minister Stratthaus mit Ihrem bayerischen Amtskollegen Faltehauser vorgeschlagen, nämlich ein komplettes Schuldenverbot. Der Sachverständigenrat hat dazu schon angemerkt, er halte von dieser Idee nichts, weil man in einer wirklichen Krisensituation oder bei besonderen Finanzbedarfen wie der Deutschen Einheit, finanzielle Spielräume benötigt würde. Wie kann eine Verfassung dem gerecht werden?

Minister Gerhard Stratthaus:

Ich habe bereits erwähnt, dass es ein Ausgleichskonto geben muss. Das würde bedeuten, man darf es höchstens – so ähnlich wie einen Kontokorrentkredit – bis zu einer gewissen Summe überziehen und muss es dann wieder zurückführen, wenn die Verhältnisse besser sind. Diesen Vorschlag haben wir aus einem ganz einfachen Grund gemacht: Wenn man das Verfahren so belässt wie bisher, wenn man die Neuverschuldung an den Investitionen bemisst, dann wird die Verschuldung von Jahr zu Jahr weiter steigen.

Und deswegen habe ich vorhin in meiner Einleitung gesagt: Was ökonomisch richtig ist, ist eine Sache. Eine andere Sache ist, ob es in der politischen Wirklichkeit durchsetzbar ist. In Deutschland sind alle der Meinung, Maastricht erlaubt, dass man drei Prozent Schulden vom Bruttoinlandsprodukt macht. In Wirklichkeit war das die Obergrenze, das Ziel waren ausgeglichene Haushalte, also null Prozent Schulden. Sie haben gefragt, warum das mit dem Hund und der Wurst nicht funktioniert hat. Das Gitter war zu breit und der Hund war zu dünn. Deswegen ist er immer wieder durchgekommen. Wir müssen hier rigoros vorgehen. Die Erfahrung und ein realistisches Menschenbild sagen mir, dass wir ein Verbot brauchen, um uns gewissermaßen vor uns selbst zu schützen.

Thorsten W. Alsleben:

Herr Bofinger, der Sachverständigenrat hat ein ähnliches Modell vorgeschlagen, das in die Richtung geht, wie Herr Minister Stratthaus und Herr Reckers es beschrieben haben. Sie haben sich dem nicht angeschlossen, warum?

Peter Bofinger:

Ich glaube, man muss zunächst zwischen dem Bund und den Ländern unterscheiden. Der Bund braucht wirtschaftspolitische Handlungsspielräume, weil wir in Deutschland keine nationale Geldpolitik mehr haben, sondern weil die Geldpolitik von der Europäischen Zentralbank gemacht wird. Damit unterscheidet

sich die makroökonomische Situation in Deutschland fundamental von der Situation in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Japan und in Großbritannien. Dieser wichtige makroökonomische Hebel ist nicht vorhanden. Deswegen braucht meiner Meinung nach der Bund fiskalpolitische Handlungsspielräume, um in Situationen, makroökonomischer Schocks angemessen handeln zu können.

Wäre es denn wünschenswert gewesen, wenn der Bund in den letzten Jahren mehr gespart hätte und seine Ausgaben noch weiter zurückgeführt hätte als er das getan hat. Wir haben binnenwirtschaftlich vom Jahr 2000 bis eigentlich zum Jahr 2006 eine völlige Stagnation erlebt. Unsere Binnenwirtschaft ist sechs Jahre auf der Stelle getreten. Eine faktisch quasi-deflationäre Situation, die es sonst in keinem anderen Land gegeben hat. Wenn der Bund in dieser Situation angefangen hätte noch zusätzlich zu sparen, um Artikel 115 Grundgesetz einzuhalten, dann wären wir wahrscheinlich in eine Situation gekommen wie Japan, vielleicht noch schlimmer. Ich möchte klar sagen – wenn immer so negativ über den Keynesianismus geredet wird, als sei das irgendeine Idee von irgendwelchen senilen oder ideologisch verblendeten Ökonomen in Deutschland – dann stehen wir damit in Deutschland ziemlich alleine da. In Großbritannien oder in den Vereinigten Staaten von Amerika wird Wirtschaftspolitik genau nach keynesianischem Vorbild gemacht: In der Rezession werden Defizite eingegangen, die in guten Jahren durch Überschüsse abgebaut werden, eine lehrbuchhafte keynesianische Finanzpolitik. Und die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien haben relativ schnell die Schocksituation des Jahres 2001 bewältigt, während wir in Deutschland erst jetzt wieder Schwung bekommen haben, weil die Weltwirtschaft überdurchschnittlich stark gewachsen ist.

Es wäre ein fataler Fehler zu glauben, man könne eine Regelbindung für den Bund machen. Denn auch in der Geldpolitik, Herr Reckers, haben wir eine Regelbindung, nach der die Europäische Zentralbank das Geldmengenwachstum auf 4,5 Prozent festgelegt hat. Diese Grenze wird seit Jahren massiv überschritten. Es ist eine Illusion zu glauben, man könne auf Ebene des Bundes für marktökonomische Größen eine Regelbindung festlegen.

Bei den Ländern sollte hingegen in der Tat über eine klare Regelbindung nachgedacht werden. Ich würde vorschlagen, dass man für jedes Land Zielvorgaben festlegt: Wie hoch soll die Schuldenstandsquote sein? Und dass man davon ausgehend dann festlegt, auf welchem Ausgabenpfad diese Schuldenstandsquote zu erreichen ist. Und dann kann man sich fragen: Ist diese Ausgabenentwicklung mit der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung und mit der Leistungsfähigkeit des Staates vereinbar? In den Ländern ist es das Wichtigste, dass man verbindliche Ausgabenpfade festlegt, die dann auch sanktioniert werden können. Es ist aus meiner Sicht grundsätzlich falsch und problematisch, Defizite als Zielwerte anzugeben. Denn Defizite sind die Differenz von Einnahmen und Ausgaben und die Einnahmen sind immer sehr schlecht steuerbar, da es an der Verantwortlichkeit fehlt.

Klare Zahlen, klare Ziele, klare Zeiträume von Zielerreichung zu Schuldenstandsquote und Ausgabenpfad für jedes Land – das wäre eine Lösung.

Thorsten W. Aislleben:

Herr Bofinger, obwohl es in anderen Ländern geklappt hat, mit Überschüssen die Defizite abzubauen, so ist die Erfahrung in Deutschland anders. Ich kann mich nicht an eine Boomphase erinnern, in der Überschüsse für den Schuldenabbau erwirtschaftet wurden. Sind dann unsere Politiker entgegen Ihrer Eingangsthese doch schlechter oder fehlt nur das richtige Reglement?

Peter Bofinger:

Wir hätten ohne diese enormen Steuersenkungen schon längst ausgeglichene Haushalte. Deshalb habe ich alternativ statt einer „Schuldenbremse“ eine Steuerausfallbremse vorgeschlagen – solange der Schuldenstand über fünfzig oder vierzig Prozent des Bruttoinlandsproduktes ist, dürfen die Steuern nicht gesenkt werden. Wir haben in Deutschland nicht ein Ausgabenproblem, sondern wir haben ein Einnahmenproblem.

„Es ist aus meiner Sicht grundsätzlich falsch und problematisch, Defizite als Zielwerte anzugeben.“

Peter Bofinger

Thorsten W. Alsleben:

Jetzt bin ich sehr gespannt auf Ihre Antwort, Herr Kampeter: Steuersenkungsverbot statt Schuldenverbot?

Steffen Kampeter:

Erste Anmerkung: In Deutschland brummt im Augenblick die Wirtschaft, und zwar ungefähr seit dem Frühjahr 2006. Gleichzeitig hat uns Herr Bofinger gerade erklärt, wir hätten aufgrund der sinkenden Staatsquote finanzpolitisch das Falsche gemacht. Dann kann der wirtschaftliche Aufschwung, den wir im Augenblick in Deutschland erleben, nichts damit zu tun haben. Denn für diesen Aufschwung hätten wir dann zu wenig getan!



Steffen Kampeter

Der aktuelle Aufschwung muss andere Ursachen haben. Und diese Ursachen scheinen etwas mit dem Vertrauen und den rationalen Erwartungen der Wirtschaftssubjekte, der Investoren und der Konsumenten, zu tun zu haben. Beispielsweise mit der langfristigen Wirksamkeit der Lohnmoderation. Wir haben seit 1998 – wie die Europäische Zentralbank festgestellt hat – deutlich über zehn Prozent bei den Lohnstückkosten gegenüber unseren Hauptwettbewerbsländern aufgeholt, gegenüber Italien oder England. Denen es auch verglichen mit der Bundesrepublik Deutschland im Augenblick nicht so gut geht. Das heißt, wir haben in den letzten ein, zwei Jahren eine fundamentale Veränderung der Angebotsbedingungen gepaart mit einer fundamentalen Verbesserung gerade in den Erwartungen gehabt. Das biete ich Ihnen als „Wettbewerbsmodell“ zum Erklärungsansatz von Herrn Bofinger an. Für die Angebotsbedingungen, insbesondere die Lohnmoderation, kann die Politik nichts, aber dafür, dass wir eine Stabilisierung der Erwartungen haben, dass die Konsumenten und Investoren mehr Vertrauen geschöpft haben, hat die Politik vielleicht einen Beitrag geleistet. Deshalb halte ich nichts davon, jetzt nur an der Nachfrageseite Veränderungen vorzunehmen.

Der aktuelle Aufschwung muss andere Ursachen haben. Und diese Ursachen scheinen etwas mit dem Vertrauen und den rationalen Erwartungen der Wirtschaftssubjekte, der Investoren und der Konsumenten, zu tun zu haben. Beispielsweise mit der

langfristigen Wirksamkeit der Lohnmoderation. Wir haben seit 1998 – wie die Europäische Zentralbank festgestellt hat – deutlich über zehn Prozent bei den Lohnstückkosten gegenüber unseren Hauptwettbewerbsländern aufgeholt, gegenüber Italien oder England. Denen es auch verglichen mit der Bundesrepublik Deutschland im Augenblick nicht so gut geht. Das heißt, wir haben in den letzten ein, zwei Jahren eine fundamentale Veränderung der Angebotsbedingungen gepaart mit einer fundamentalen Verbesserung gerade in den Erwartungen gehabt. Das biete ich Ihnen als „Wettbewerbsmodell“ zum Erklärungsansatz von Herrn Bofinger an. Für die Angebotsbedingungen, insbesondere die Lohnmoderation, kann die Politik nichts, aber dafür, dass wir eine Stabilisierung der Erwartungen haben, dass die Konsumenten und Investoren mehr Vertrauen geschöpft haben, hat die Politik vielleicht einen Beitrag geleistet. Deshalb halte ich nichts davon, jetzt nur an der Nachfrageseite Veränderungen vorzunehmen.

Das zweite ist: Die Grundsatzprogrammkommission der CDU Deutschlands nähert sich dem an, was der baden-württembergische Finanzminister als Schuldenverbot vorgeschlagen hat. Und dieses Schuldenverbot muss einfach und praktikabel sein. Das Gutachten des Sachverständigenrats hat 128 Seiten. Das ist mir zu kompliziert. Wir brauchen eine nachvollziehbare, falsifizierbare Regel. Und die einfachste Regel, die wir haben, lautet: Man gibt nur so viel aus, wie man hat.

Das kann man operationalisieren wie im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt. Da steht *balance budget or surplus*, also ausgeglichener Haushalt oder Überschuss. Das kann man dann als „Schuldenbremse“, als Schuldenverbot, mit oder ohne Ausgleichskonto festlegen, es muss nur einfach bleiben. Am 9. Juli wird das Bundesverfassungsgericht auf eine gemeinsame Klage der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP zur goldenen Regel des Artikels 115 Grundgesetz aller Voraussicht nach das Urteil sprechen. Danach werden wir uns überlegen müssen, ob die Kopplung an den Investitionsbegriff im Zusammenhang mit „Schuldenbremse“ überhaupt wirksam und vernünftig ist. Ich habe als Klagevortragender, ohne dem Urteil vorgreifen zu wollen, das Gefühl, dass das Bundesverfassungsgericht an der bisherigen Praxis des Artikels 115 Grundgesetz Zweifel hat und einen engeren Investitionsbegriff und damit eine geringere Verschuldungsoption für den Bundeshaushalt vorschlagen wird.

In der politischen Debatte läuft die Sache anders. Da gibt es Politiker, die sagen, Investitionen könnte alles Mögliche sein, Personalausgaben für Bildung und Forschung beispielsweise. Ich glaube, dass uns der Bezug auf den Investitionsbegriff für Verschuldungsbremsen nicht weiterführt. Die Regel kann eigentlich nur lauten: Gebt nur so viel aus, wie ihr habt. Und das wird dann in der Föderalismusreformkommission II zu operationalisieren sein. Wir sollten uns – da teile ich die Auffassung von Herrn Reckers – am Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt orientieren. Dann werden wir den nachfolgenden Generationen einen solideren Staatshaushalt mit einer niedrigeren Zinsbelastung und somit mehr Freiheit für ihre Gestaltungsmöglichkeiten hinterlassen. Das ist, glaube ich, die eigentliche politische Mam-

„Das Schuldenverbot muss einfach und praktikabel sein. Das Gutachten des Sachverständigenrats hat 128 Seiten. Das ist mir zu kompliziert.“

Steffen Kampeter

mutaufgabe, vor der wir in der Haushalts- und Finanzpolitik zum gegenwärtigen Zeitpunkt stehen.

Thorsten W. Alsleben:

Die Voraussetzung für eine „Schuldenbremse“ oder ein -verbot scheinen einigermaßen gut zu sein. Aber wie ist es mit den Rechtsfolgen bei einem Verstoß gegen das Verbot? Eine Verfassungsklage gegen den Haushalt, die Jahre später verhandelt wird, ist kein scharfes Schwert. Der Sachverständigenrat schlägt vor, wenn zweimal hintereinander gegen das entsprechende Verbot verstoßen wird, solle automatisch die Einkommensteuer erhöht werden, damit es nicht zur zusätzlichen Verschuldung komme. Was halten Sie davon, Herr Bofinger?

Peter Bofinger:

Das führt zur Frage „Wie ist unser Aufschwung zustande gekommen“, zu der Herr Kampeter gerade ausgeführt hat. Interessant ist, dass die große Koalition im November 2005 ein Regierungsprogramm gemacht hat, bei dem sie bereit war, zunächst eine Verschuldung von mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Kauf zu nehmen. Erwartet wurden zwischen drei und dreieinhalb Prozent. Und ich habe das damals sehr begrüßt, weil zu erhoffen war, dass das die Wirtschaft in Schwung bringt. Und was sieht man heute? Der Schwung ist gekommen, und wir haben nur ein Defizit von 1,7 Prozent – ein schönes Beispiel dafür, wie man, wenn die Dynamik einsetzt, die Schuldenprobleme relativ gut lösen kann. Wenn Sie hingegen im Jahr 2005 gesagt hätten, wir wollen einen ausgeglichenen Haushalt machen und sparen an den Staatsausgaben, wäre es Ihnen wie Herrn Eichel gegangen. Er hat auch immer versucht, unter drei Prozent zu bleiben. Am Schluss waren es über drei Prozent.

Steffen Kampeter:

Wir haben auf beides geachtet, die Nachfrageseite und die Angebotsseite!

Peter Bofinger:

Aber Sie waren bereit, ein Defizit von dreieinhalb Prozent in Kauf zu nehmen, was auch von manchen kritisiert worden ist. Und genau das hat sich ausgezahlt, jetzt haben Sie das Defizit genau halbiert. Deswegen ist es gefährlich, wenn man mechanistisch denkt nach dem Motto: Man muss immer genau mit dem auskommen, was man hat. Das war bei Reichskanzler Brüning so, der damit das Land in den Ruin getrieben hat.

Thorsten W. Alsleben:

Ich bitte, noch auf meine Frage mit den Sanktionen zu antworten.

Peter Bofinger:

Ein Sanktionsmechanismus wäre kontraproduktiv. Wenn Sie in einer Situation, in der die Wirtschaft extrem schlecht läuft, noch die Steuern erhöhen – wie es der Sachverständigenrat vorgeschlagen hat – dann verschärfen sie die Krise. Ich halte das für eine kontraproduktive Sanktion. Es ist eine schädliche Parallelpolitik, egal ob in einer Krise die Steuern erhöht werden oder mehr gespart wird, um den Haushaltsausgleich zu schaffen.

Das sollte man nicht tun, zumindest nicht beim Bund! Bei den Ländern bin ich bereit, wie ich das vorhin sagte, einen ausgaben-seitigen Konsolidierungsplan aufzustellen und dann auch zu sanktionieren.

Noch ein anderer Aspekt zur Staatsverschuldung: Wem „gehört“ die Staatsverschuldung? Sie gehört als Gegenposten den privaten Haushalten. Und sie steckt in den Aktiva der Banken und der Versicherungen. Das heißt, der Staat bietet mit seiner Staatsverschuldung auch eine sichere, solide Anlage, die unsere Finanzsysteme stabilisiert. Womit ich nicht sagen will, dass man sie ausweiten sollte, aber dieser Aspekt darf nicht unberücksichtigt bleiben.

Thorsten W. Alsleben:

Wäre denn eine automatische Steuererhöhung als Sanktion gegen einen Verstoß gegen das Verschuldungsverbot etwas, mit dem Sie sich anfreunden könnten, Herr Stratthaus?

Minister Gerhard Stratthaus:

Das ist ein akademischer Vorschlag, der nicht funktionieren wird. Das kann ich mir auch nicht vorstellen.

„Ich habe überhaupt nichts gegen Keynesianismus, ich habe nichts gegen Schulden, wenn garantiert ist, dass sie bei nächster Gelegenheit wieder zurückgeführt werden.“

Aber wenn es uns gelingt, wie Herr Kampeter gesagt hat, eine wirklich einfache Formulierung zu finden, dann wird ein Gericht auch keine fünf Jahre mehr zur Urteilsfindung benötigen. Dazu muss es heißen, Schulden sind prinzipiell nicht möglich und in Ausnahmefällen gibt es das Überziehungskonto.

Ich habe überhaupt nichts gegen Keynesianismus, ich habe nichts gegen Schulden, wenn garantiert ist, ähnlich wie bei der Schweizer „Schuldenbremse“, dass sie bei nächster Gelegenheit wieder zurückgeführt werden.

Gerhard Stratthaus

Zu Herrn Bofinger noch zwei Worte: Wenn ich ihn richtig verstanden habe, ist er auch nicht für weitere Verschuldung, sondern er möchte eher die Steuern erhöhen. Das ist schon mal eine Feststellung. Und eine kleine Provokation zum Abschluss: Auf sichere Ersparnisse in Form von Staatspapieren haben die Menschen 1923 vertraut, und 1947 auch! In beiden Fällen führte dies zu einer Währungsreform, weil der Staat sich zu stark verschuldet hat.

Thorsten W. Alsleben:

Die letzten Minuten sollen dem Publikum gehören.

Frage aus dem Publikum:

Ich melde mich gerne, weil der kommunale Bereich am kommenden Freitag bei der Anhörung zu Föderalismusreform II nur eine von 130 Fragen stellen darf, insofern danke ich für diese

Gelegenheit. Wenn Sie das machen, Herr Kampeter, Herr Stratthaus, was ich in der Sache teilen würde, ein Verschuldungsverbot, dann stellt sich die Frage: Wie gehen Sie mit den gebundenen Ausgaben um, insbesondere im Föderalstaat? Insofern brauchen wir doch sozusagen ein atmendes System, wenn wir das Ventil Verschuldung verstopfen, ist meine These, brauchen wir ein atmendes System bei den Ausgaben und bei den Einnahmen. Wie stellen Sie das her?



Forum in der Akademie der Konrad Adenauer-Stiftung in Berlin

Frage aus dem Publikum:

Ich melde mich gerne, weil der kommunale Bereich am kommenden Freitag bei der Anhörung zu Föderalismusreform II nur eine von 130 Fragen stellen darf, insofern danke ich für diese Gelegenheit. Wenn Sie das machen, Herr Kampeter, Herr Stratthaus, was ich in der Sache teilen würde, ein Verschuldungsverbot, dann stellt sich die Frage: Wie gehen Sie mit den gebundenen Ausgaben um, insbesondere im Föderalstaat? Insofern brauchen wir doch sozusagen ein atmendes System, wenn wir das Ventil Verschuldung verstopfen, ist meine These, brauchen wir ein atmendes System bei den Ausgaben und bei den Einnahmen. Wie stellen Sie das her?

Frage aus dem Publikum:

Das Thema dieses Abends heißt: Strategien für den Schuldenabbau. Ich habe jetzt relativ viel gehört über das Thema Neuverschuldung oder keine Neuverschuldung, aber relativ wenig über das Thema: Wie bauen wir eigentlich alte Schulden ab? Daher meine Frage: Es gibt ja zwei Szenarien, ein *worst-case*-Szenario und ein *best-case*-Szenario. Wie stellen Sie sich einen einfachen Weg vor, die Altschulden abzubauen?

Frage aus dem Publikum:

Warum gibt es in der Regierung kein Risikomanagement für die finanzielle Entwicklung wie in privaten Firmen?

Peter Bofinger:

Zur Frage des Altschuldenabbaus möchte ich feststellen: Lassen Sie uns Zielwerte definieren für die Schuldenstandsquoten! Damit muss man anfangen. Die Länder haben völlig divergente Schuldenstandsquoten, daher muss jedes Land seinen eigenen Weg festlegen. Für das Land Berlin heißt dies: Welcher Zielwert ist für das Jahr 2020 und 2030 realistisch? Und welcher Ausgabenpfad führt dorthin? Und wir müssen klare Ausgabenpfade definieren, die man sanktionieren kann. Ausgabenpfade haben den großen Vorteil, dass man genau überprüfen kann: Ist mit diesem Ausgabenpfad zum Beispiel im Land Berlin eine effiziente Staatstätigkeit machbar? Das ermöglicht konjunkturelles Atmen, einen Konsistenztest und schützt vor Eindimensionalität. Das halte ich für einen einfachen, praktikablen und vernünftigen Weg mit einer rationalen Basis für die Diskussion.

Steffen Kampeter:

Das Schulden- und damit auch das Risikomanagement sind privatisiert. Ich glaube, dass der Staat dabei sehr rational und professionell vorgeht. Den Vergleich mit privaten Unternehmen müssen wir nicht scheuen, auch wenn ich uns international vergleiche.

Zur Frage, wie künftig Altschulden abgebaut werden können, empfehle ich für das Land Berlin die Lektüre des Verfassungsurteils. Darin wird eindeutig belegt, dass Berlin ein Ausgabenproblem hat, das auf den mangelnden politischen Willen unter unterschiedlichsten parteipolitischen Konstellationen zurückzuführen ist, die Ausgaben in den Griff zu bekommen.

Und ich finde, egal wer in dieser Stadt regiert, er muss an dem Ziel einer Nullverschuldung festhalten, die Finanzsenator Sarrazin jetzt aufgrund der konjunkturellen Entwicklung bald erreichen will. Den Vorschlag des baden-württembergischen Ministerpräsidenten, die Altschulden Berlins teilweise zu übernehmen und damit zulasten Dritter zu sozialisieren, finde ich nicht zielführend. Diese Stadt muss ihr Ausgabenproblem in den Griff bekommen.

Minister Gerhard Stratthaus:

Ich bin Realist. Und deswegen habe ich vorhin zum Thema Abbau der Altschulden eindeutig gesagt: Ich wäre froh, wenn zehn Jahre lang keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden würden. Das ist bereits ein großes Ziel. Weiter möchte ich im Augenblick nicht gehen, im Gegensatz zu einigen Kollegen. Die handeln nach dem Motto wie die Menschen in Heidelberg, wenn sie sagen: Wir wollen auf den Königstuhl. Dann schaffen sie es nicht. Aber nächstes Jahr gehen wir auf den Mount Everest.

Es wäre doch schon sehr viel erreicht, wenn wir zehn Jahre keine Schulden mehr machen würden. Das ist für mich eigentlich das Wichtigste beim Thema Altschuldenabbau.

Frage aus dem Publikum:

Zu später Stunde hat ein Schweizer Ökonom darauf verwiesen, dass es in der Schweiz das Insolvenzrecht für öffentliche Körperschaften gibt. Und er hat gesagt, das wäre für die Bundesregierung doch sehr interessant, wenn der Bund erklärt, er haftet nicht für die Schulden der Länder. Und die Länder explizit sagen,

sie haften nicht für die Schulden der Gemeinden. Dadurch würde ein Automatismus in Gang gesetzt, der den Schuldenabbau erzwingen würde – über den Kapitalmarkt.

Frage aus dem Publikum:

Das Saarland und Bremen haben vor einigen Jahren erstritten, was Berlin verwehrt wurde. Wenn ich die Presse in der letzten Zeit richtig verfolgt habe, dann entspricht die finanzielle Situation in beiden Ländern heute in etwa dem Status quo ante. Herr Kampeter, warum hat der Bund nach der Teilentschuldung beider Länder keine Mechanismen eingerichtet, um eine neuerliche Verschuldung, die ja wohl fast wieder die Höhe vor der Teilentschuldung erreicht hat, zu verhindern?

Steffen Kampeter:

Weil die Mechanismen, die wir in unserer Finanzverfassung haben, ausgesprochen wirkungslos sind. Sie sanktionieren entsprechendes Fehlverhalten nicht und ermöglichen es geradezu. Und deswegen, denke ich, ist eines der wahrscheinlichen Erfolgsthemen der Föderalismuskommission II, dass wir dort eine „Schuldenbremse“ oder ein Schuldenverbot für Bund und Länder mit einer relativ einfachen Regel verankern.

Im Übrigen belegt das eine Erfahrung aus den Entwicklungsländern. Wenn man den Sünder belohnt und nicht die Anreize so verändert, das zukünftige Sündenverhalten ausgeschlossen ist, dann schmeißt man „gutes Geld dem schlechtem hinterher“. Davor möchte ich die Steuerzahler eigentlich bewahren.

Thorsten W. Alsleben:

Es gibt eine ZDF-Sendung, in der Sätze angefangen wurden, die der Diskutant beenden durfte oder musste. Und anstatt eines Schluss-Statements würde ich gerne dieses Experiment auch hier wagen:

Herr Reckers,
Die größten Fehler in der Haushaltspolitik
„werden dann gemacht, wenn die Ausgaben zu stark steigen.“

Herr Stratthaus,
mit Glück und Gottes Segen wird die ideale neue Finanzverfassung nach der Föderalismuskommission;
„Gott will, dass wir uns selbst Gedanken machen und er freut sich dann, wenn wir selbst so klug sind, zu einem Ergebnis zu kommen. Ich würde mich nicht allein auf den Segen verlassen.“

Herr Kampeter,
wenn wir es nicht schaffen, noch in dieser Legislaturperiode einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu verabschieden,
„steigt die Wahrscheinlichkeit auf die unglaubliche Fortsetzung der großen Koalition.“

Herr Bofinger,
wenn Politiker sagen, sie schaffen noch in dieser Legislaturperiode einen ausgeglichenen Staatshaushalt,
„dann werden sie Recht haben.“

PROGRAMM

„Konsolidieren oder Investieren – Strategien für den Schuldenabbau“ am Mittwoch, 20. Juni 2007 in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin

18.00 UHR BEGRÜSSUNG

Prof. Dr. Bernhard Vogel
Ministerpräsident a.D.
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

18.15 UHR EINFÜHRUNG

Gerhard Stratthaus MdL
Finanzminister des Landes Baden-Württemberg

18.45 UHR PODIUMSDISKUSSION MIT

Prof. Dr. Peter Bofinger
Lehrstuhl für VWL, Geld und internationale
Wirtschaftsbeziehungen, Universität Würzburg,
Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutach-
tung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Steffen Kampeter MdB
Haushaltspolitischer Sprecher der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Hans Reckers
Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank

Gerhard Stratthaus MdL
Finanzminister des Landes Baden-Württemberg

Moderation:
Thorsten W. Alsleben
ZDF Hauptstadtbüro Berlin

20.00 UHR EMPFANG

REFERENTEN UND DISKUTANTEN

Thorsten W. Alsleben
ZDF Hauptstadtstudio

Professor Dr. Peter Bofinger
Lehrstuhl für VWL, Geld und internationale Wirtschafts-
beziehungen, Julius-Maximilians-Universität Würzburg,
Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der
gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Steffen Kampeter MdB
Haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Gerhard Stratthaus MdL
Finanzminister des Landes Baden-Württemberg

Dr. Hans Reckers
Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank

Professor Dr. Bernhard Vogel
Ministerpräsident a.D.
Vorsitzender der Konrad-Adenauer Stiftung e.V.

HERAUSGEBER

Matthias Schäfer
Koordinator für Finanz- und Arbeitsmarktpolitik,
Hauptabteilung Politik und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin